

Bezugspreis:

Quartalspreis 30.- M., monatlich 10.- M., frei im Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Quartalspreis 32.- M., monatlich 10.- M., einschließlich Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Dänemark, Skandinavien, Norwegen, Schweden und die Schweiz - Eingetragene in die Post-Zustellungs-Vereinigung. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Brot und Freiheit“ und der Unterhaltungsbeilage „Himmelschrei“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:
Die abgedruckten Kompositionen (für 1,50 M.) „Kleine Ereignisse“ des Verlags des Vorwärts (10-15 Hefen) werden (jeweils) zu dem halben Preis (0,75 M.) abgegeben. Jedes weitere Heft 1.- M. Jedes weitere Heft 0,50 M. Die Heft-Nummern über 15 Buchstaben sind für zwei Worte Familien-Namen für Abonnenten freigegeben. Die Preisverhältnisse sind einschließlich Zustellungsgebühr.

Erhalten für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro des Vorwärts (Lindenstr. 3) abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Mittwoch, den 23. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Himmelschreiender Polenterror.

Verzweiflungsruf der Gewerkschaften.

Gleiwitz, 22. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie ich schon aus dem Munde maßgebender Führer der freien Gewerkschaften vernehme, herrscht in der gesamten deutsch orientierten Arbeiterklasse kaum noch zu überbietende Erbitterung über die schändlichen Taten der Sokol- und Mordbuben von der „Bojowka Polska“ in den Orten mit polnischer Mehrheit. Zu Hunderten wurden Arbeiter mit dem Gummiknüppel von der Arbeitsstätte vertrieben, schwere Verletzungen sind die Regel. Funktionäre der Gewerkschaften müssen ihre Wohnungen aufgeben und in sichere Gebiete flüchten, um nicht in ihrem Heim überfallen zu werden. Die deutschen Gewerkschaften können dieser systematischen Verfolgung nicht länger tatenlos zusehen. Gegenmaßnahmen werden erwogen für den Fall, daß die Interalliierte Kommission nicht schon in aller kürzester Zeit eingreift, was bei der stillen Duldung dieses Schandtreibens durch die französischen Besatzungstruppen leider sehr unwahrscheinlich ist. Die von mir befragten Gewerkschaftsführer stehen auf dem Standpunkt, daß der Oberste Entente-Rat sofort die nötigen Anweisungen an seine Exekutiv-Kommission ergehen lassen

muß; den Gewerkschaften selbst ist es unmöglich, sich noch einmal an die Interalliierte Kommission zu wenden, da sie schon die letzten Vorstellungen gegen den Polenterror nicht entgegengenommen, sondern an ihre jungen Leute verwiesen hat. Angesichts der völligen Schutzlosigkeit der der Interalliierten Kommission anvertrauten Bevölkerung dürfen die Gewerkschaften die Verantwortung, weitere Verhandlungen abzuwarten, nicht mehr übernehmen, nachdem heute die Terrorbanden auch schon auf unbestritten deutsches Gebiet übergriffen haben und jede Stunde mit weiterem Umsichgreifen des Terrors zu rechnen ist. Die Gebuld der deutschen Gewerkschaften ist erschöpft. Verlangt die feierlich versprochene Hilfe der Interalliierten Kommission, so bleiben die Arbeiter auf sich selbst gestellt und dann kann es geschehen, daß unter der erzwungenen Abwehr ebenso Unschuldige leiden müssen, wie es durch den polnischen Terror geschieht. Die deutschen Gewerkschafter Oberbischleins halten es für dringend angebracht, der Öffentlichkeit von ihrer Ueberzeugung Kenntnis zu geben, um allen Vorwürfen vorzubeugen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Der rheinische Sinnen Zoll.

Von Dr. J. Jaström,
Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin.

Die Drohung der Entente, das besetzte Rheinland von dem übrigen Deutschland durch eine Zollschranke abzuschneiden, ist von uns in aller Form als vertragswidrig bezeichnet worden, da der Artikel 270 des Versailler Friedens rheinische Zollmaßnahmen nur zu dem Zwecke kenne, „die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu wahren“, nicht aber als Straf- oder Erzwungungsmittel. Auch in der Note vom 15. März, in der wir gegen die Gewalttätigkeit unserer Gegner den Völkern und an seine Pflicht erinnern, haben wir dieses Argument mit Nachdruck betont. Die wiederholte Betonung dieses Arguments konnte den Anschein erwecken, daß, wenn die Entente versichert, die Zollschranke im Interesse der Rheinländer für erforderlich zu halten, sie zur Errichtung befugt wäre. Dieses nachzuprüfen, hat man bisher in der Öffentlichkeit unterlassen. Der genannte Artikel 270 lautet: Die alliierten und assoziierten Mächte behalten sich vor, für das deutsche, von ihren Truppen besetzte Gebiet, eine eigene Zollordnung, sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr in Geltung zu setzen, sofern ihnen eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren.

Unter der „Zollordnung“, zu deren Erlaß die Alliierten unter Umständen befugt sein sollen, versteht man die Ordnung des Zollverwaltungswesens (worunter hier und im folgenden das Zollstrafrecht immer mitverstanden wird). Jede Zollpolitik, ob mehr oder weniger schutzpolizerisch, ob freihändlerisch, muß einen Rahmen für die äußere Verwaltung des Zollwesens vorfinden: Die Einrichtung der Zollämter und der Grenzbeamten, die Mitwirkung der Polizei und sonstiger Behörden, Bestrafung der Zollumgehungen und gerichtlicher Schutz gegen Zollüberhebungen, ferner Zollleichterungen im kleinen Grenz- und Marktverkehr, Zollstundung, verschiedene Arten von Niederlagen für kürzere oder längere zollfreie Aufbewahrung u. a. m. Die Zollpolitik eines Landes kann wechseln, seine „Zollordnung“ kann gleichwohl (wenn sie ausreichend elastisch ist) dieselbe bleiben; wobei unter Zollordnung das Zollreglement zu verstehen ist. Unsere Zollordnung ist das noch aus den freihändlerischen Zeiten des Zollvereins stammende Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869. Inzwischen ist Deutschland im Jahre 1879 vom Freihandel zum Schutzzoll übergegangen, hat im Jahre 1891 die Caprivische Mittellinie befolgt und ist mit dem Tarif von 1902 dem Programm des Bundes der Landwirte gefolgt; aber die Zollordnung ist dieselbe geblieben. Wenn diese äußere Ordnung des Zollwesens im Interesse der Bevölkerung Änderungen notwendig macht, so soll die Okkupationsverwaltung sie vornehmen dürfen. Darunter finden sich z. B. Erleichterungen des kleinen Grenz- und Marktverkehrs im Verkehr mit Frankreich und Belgien, sonstige Erleichterungen (oder auch Erschwerungen) bei der Abfertigung, sowohl der Einfuhr wie der Ausfuhr über die Westgrenze; leichtere Zugänglichkeit der Zollämter, verbesserter Rechtschutz u. a. m. Ganz gewiß sehr weitgehende Befugnisse, die bei willkürlicher Handhabung sehr peinlich wirken können. Aber von Maßregeln, die über den Rahmen einer Zollordnung hinausgehen, eine eigene Zollpolitik inaugrieren, das Rheinland vom übrigen Deutschland abschneiden, davon ist in dem oben abgedruckten Wortlaut der Vertragsbestimmung nicht die Rede.

Nun ist dies allerdings der Text der deutschen Uebersetzung, der lediglich von uns im „Reichsgesetzblatt“ hinzugefügt ist. Im französischen Urtext lautet der Artikel: „Les Puissances alliées et associées, dans le cas où ces mesures leur paraîtraient nécessaires pour sauvegarder les intérêts économiques de la population des territoires allemands occupés par leurs troupes, se réservent d'appliquer à ces territoires un régime douanier spécial, tout en ce qui touche les importations que les exportations.“

Der Ausdruck „régime douanier“, der hier gebraucht ist, ist nicht ganz eindeutig. Man kann darunter die jeweilige Zollpolitik verstehen, wie das Wort régime gebraucht wird, um das System im großen zu bezeichnen (ancien régime, régime féodal). Aber die Franzosen brauchen daneben das Wort régime auch in einem bescheideneren, den Einzelheiten zugewandtem Sinne, wie die Verträge uns als Beispiele nennen: régime des chevaux, régime du feu. In dieser Detailregelung liegt die Tendenz zu dem Begriffe der Reglementierung, die bei Zollreglement und Zollordnung vorkommt. So, Sachs-Billaite macht die Synonymzusammenstellung: „Le gouvernement est la tête, il ordonne, l'administration est le bras, elle exécute; le régime règle.“

Bei dieser nicht ganz sicheren Deutbarkeit wird man zunächst geneigt sein, seine Zuflucht zu dem englischen Text zu nehmen, der neben dem französischen gleichberechtigt als Urtext gilt. Aber da stoßen wir auf eine ganz merkwürdige Fassung. Die entscheidenden Worte lauten: „a special customs régime“. Hat der Redakteur des englischen Textes die Schwierigkeit gemerkt und ihr durch bloße Wörtchenholung des französischen Wortes aus dem Wege gehen wollen?

Eig Manifest der Labour Party.

Der Parlamentarische Ausschuss des englischen Gewerkschaftskongresses und des Exekutivkomitees der englischen Arbeiterpartei beschloßen in einer am 17. d. M. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung, folgendes Manifest zu erlassen:

Die gemeinsame Tagung des Parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses und des Exekutivkomitees der Labour Party ist der Ansicht, daß die Ursachen der Wirtschaftskrise, die auf England lastet, größtenteils außerhalb des Landes liegen. Ganz Europa ist durch den Krieg verarmt. Große Teile Europas wurden durch den Frieden ruiniert. Millionen unserer früheren Kunden sind heute

zu arm, mit uns Handel zu treiben, und was Rußland betrifft, so hat unsere Politik bewirkt zu seinem Elend und seinem Abbruch von der übrigen Welt beizutragen. Die riesige Tributforderung, die die Entschädigungsbeschlüsse enthalten, wird die Abnahmefähigkeit für unsere Waren in Deutschland noch weiter verringern. Unser Export nach Deutschland beträgt — zum Marktpreis berechnet — im letzten Jahr weniger als ein Achtel dessen, was wir im Jahr vor dem Krieg dorthin ausführten. Wir verachteten im letzten Jahr nach deutschen, russischen und österreichisch-ungarischen Häfen weniger als ein Zehntel dessen, was wir 1913 verhandelt. Dieser Rückgang allein würde genügen, um die heutige Arbeitslosigkeit zum größten Teil zu erklären. In dieser allgemeinen Verarmung, welche zugleich unsere Abnehmer ruiniert und unsere Arbeiter zum Feiern zwingt, liegt aber noch schlimmeres als die unermessliche Verarmung von Waren durch den Krieg. Die Blockade Rußlands war eine höchst kurzfristige Politik. Eine Bestimmung des Friedensvertrages nach der anderen hat ihr Teil dazu beigetragen, den Ruin zu vollenden, den der Krieg begann. Österreich wurde zerstört, aber bereit, den für den notwendigen Handel zwischen den auseinandergerissenen Teilen Europas zu tragen. Es schneit eine Weltstadt und eine blühende Industrie von ihren früheren Kohlenvorräten ab. Deutschland wurde mit Recht zur Arbeit aufgefordert, um die Entschädigungszahlung zu ermäßlichen. Aber der Vertrag, der diese Verpflichtungen auferlegte, nahm ihm seine Handelsmarine und drei Viertel seines Eisenerzes, verringerte die Kohlenzufuhr für seine Industrie, schloß die Banken und Geschäfte, welche allein seinen auswärtigen Handel vermitteln.

Sowohl im Namen der Humanität wie in unserem eigenen Interesse müssen wir dagegen Protest erheben. Die Sterblichkeitsziffern in Mitteleuropa beweisen, daß es die Kinder sind, welche diese Rechnung mit ihrem Leben bezahlen. Als Arbeiterbewegung müssen wir die Entschädigungsbeschlüsse vom Standpunkt der Arbeiter, sowohl des Landes, welches zahlen soll als dessen, an das die Zahlungen gehen, beurteilen. Bezahlt werden kann nur durch Export, den wir ohne Gegenleistung erhalten. Das bedeutet weitere Schwierigkeiten für unsere Industrie. Deutschland, auf der anderen Seite, würde gründer sein, 42 Jahre lang nur die notwendigen Lebensbedürfnisse einzuführen. Das bedeutet, daß unsere Wirtschaft sich nicht mehr erholen können, und daß — als Folge — die Arbeitslosigkeit steigt. Die Ueberschwemmung des Weltmarktes mit Gütern, die tatsächlich durch Zwangsarbeit hergestellt sind, wird unsere eigenen Arbeiter einer noch in das gleiche Form der Konkurrenz gegenüberstellen. Wir glauben jedoch nicht, daß die Entschädigung in der von Paris geforderten Höhe bezahlt werden kann. Im Augenblick hat Deutschland keinen Exportüberschuß zu verzeichnen, sondern sein Export bleibt im Gegenteil hinter

dem Import zurück, und es besteht keine Aussicht auf eine Besserung unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Es ist undenkbar, daß

Europa 42 Jahre lang ein bewaffnetes Heerlager bleibt, um diesen unmöglichen Tribut zu erzwingen.

Ebenso sicher ist es aber unserer Meinung nach, daß Deutschland, bei einiger Bewegungsfreiheit und gründlicher Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages, in der Lage sein wird, für die tatsächlichen Verwüstungen Wiederaufbau zu leisten.

Der Frankreich zugesagte Schaden muß vor allen Dingen ersetzt werden. Wir würden es vorziehen, wenn das — soweit die französische Stimmung und die französischen Interessen es erlauben — durch deutsches Material geschähe. Keine ähnliche Forderung ist dringender als diese. Unserer Ansicht nach, enthält die Entschädigungsrechnung Posten, die unvereinbar sind mit den vor dem Abbruch des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat.

Diese Posten sind es, welche auch die gerechtfertigten französischen Forderungen kompromittieren.

Nur juristische Wortklauberei kann aus dem Satz:

„Schäden, welche der Zivilbevölkerung der Alliierten oder deren Eigentum durch Land-, See- oder Luftangriffe Deutschlands zugefügt worden sind“ (Punkt 8 des Balfour'schen Friedensprogramms. Die Red. d. „Vorwärts“.)

die Verpflichtung für Deutschland konstruieren, den alliierten Regierungen ihre Ausgaben für Pensionen und Vergütungen an Personal zurückzuerstatten.

Eine ehrliche Interpretation der Bedingungen, auf Grund deren Deutschland sich unterworfen hat, würde zur Festsetzung einer niedrigeren Gesamtsumme führen.

Der nächste Schritt muß die Wiederrichtung der ruinierten Wirtschaft des Kontinents und die praktische Wiederaufnahme der gegenseitigen Handelsbeziehungen sein, nicht die Gewinnaufteilung zahlreicher. Das erfordert aber die gründliche Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen aller Friedensverträge und den Abschluß eines ehrlichen Friedens mit Rußland.

Da somit unserer Ansicht nach die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England die direkte Folge seiner selbstmörderischen auswärtigen Politik ist, verlangen wir nicht nur eine nochmalige Prüfung der Entschädigungsforderungen, sondern auch eine Ueänderung der Gesamtpolitik der Alliierten gegenüber Zentraluropa und Rußland.

Dieses Manifest, dessen Inhalt so vollkommen den Grundgedanken des Internationalismus entspricht, gewinnt noch an aktueller Bedeutung durch die bevorstehende Amsterdamer Konferenz, die sowohl die Gewerkschaftsorganisationen Englands, Deutschlands, Frankreichs und Belgiens, wie auch Vertreter der einzelnen parlamentarischen Fraktionen und den Exekutiv-ausschuss der Zweiten Internationale zusammenbringen wird.

Bisher haben ausschließlich die kapitalistischen Machthaber Europas das Wort gehabt. Es ist ihnen nur gelungen, heillose Verwirrung anzurichten. Jetzt werden auch die Vertreter des internationalen Proletariats auf den Plan treten und ihre, vom Geist des praktischen Internationalismus getragenen Lösungen des europäischen Wiederaufbauproblems gemeinsam der Welt verkünden.

Ich will die Frage zwar nicht unbedingt bejahen; denn der Gebrauch französischer Fremdwörter hat in der täglichen Sprache Englands eine weitere Ausdehnung, als gewöhnlich angenommen wird. Immerhin etwas Neues bringt der englische Text für die Frage, ob Zollpolitik oder Zollordnung gemeint ist, nicht hinzu.

Da muß man suchen, aus der Urkunde selbst neuen Anhalt zu gewinnen. Für das Saarbecken, das Bestandteil des französischen Zollgebiets ist, wird wenigstens für die Dauer von fünf Jahren die Errichtung einer Zollschranke gegenüber Deutschland unterstellt (Teil III, Abschnitt 4, Anlage § 31). Und da sollte für die unbedingt deutsch bleibenden Rheinlande diese Errichtung gänzlich gestattet sein? Ist es überhaupt möglich anzunehmen, daß eine so ungeheuerliche Maßregel, wie die Abschaffung eines Teils Deutschlands von seinem Hauptgebiet so ganz nebenbei „im Interesse der Bevölkerung“ gestattet werden könnte? — Jeder, der eine Urkunde verfaßt hat, muß sich gefallen lassen, daß ihm gesagt wird: „Du hast nicht mehr Rechte, als deutlich gesagt ist; denn wenn du wolltest, könntest du deutlicher sein.“ Um so mehr der, welcher so viel Gewicht darauf gelegt hat, die Urkunde einseitig zu verfassen und zu diktieren!

So viel steht jedenfalls fest, daß der erste, der die Urkunde zu lesen bekam, die deutsche Regierung, an eine Zollordnung dachte. Wir sollten es auch den Alliierten nicht so leicht machen, sich derartige Befugnisse beizulegen, indem wir unsere Einwendung bloß darauf stützen, daß Artikel 270 nur für das Interesse der Rheinländer, nicht für die Zwangsvollstreckungsgelüste der Alliierten da sei. Eine Binnenzolllinie mitten durch Deutschland hindurch ist nach dem Friedensvertrage überhaupt nicht gestattet.

Aber für die Entente ist Sanktion nichts anderes, als die Anwendung von Gewalt. Die deutsche Note an den Völkerbund erwähnt die Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten in der Deputiertenkammer am 4. Februar, daß die geplante Maßnahme über den Vertrag „hinausgehen“ würde. Wir haben schon heute allen Anlaß, den Alliierten zu bestätigen, daß sie ein bloßer Gewaltakt ist und bleibt, selbst wenn sie später einmal mit dem „Interesse der Bevölkerung“ motiviert wird.

Die kommunistischen Provokateure.

Immer deutlicher zeigt sich, worauf die von der „Roten Fahne“ durch hysterische Schreittrampfe vorbereitete Aktion der Kommunisten hinausläuft. Die Berliner Arbeiterschaft soll ohne jeden Anlaß und natürlich, ohne um ihr Einverständnis gefragt zu werden, in eine wilde Streikaktion hineingerissen werden. Namentlich auf die städtischen Arbeiter hat man es abgesehen, man möchte nach uns zugegangenen Betriebsmitteilungen die Gas-, Elektrizitäts- und Transportarbeiter zur Arbeitseinstellung veranlassen, um zunächst einmal wieder das äußere Bild des Generalstreiks, Rahmlegung des Verkehrs und Erlöschen des Lichtes, hervorzurufen zu können. Wir hoffen, daß die städtischen Arbeiter überlegt und besonnen genug sind, um sich nicht zu blinden Werkzeugen der Machtgelüste herzugeben und sich nicht in eine Aktion hineinziehen zu lassen, deren Endziel sie selber nicht kennen. Gleichzeitig scheinen es die R.P.D.-Leute wieder auf die Besetzung der Betriebe abgesehen zu haben. Darauf deutet ein kommunistisches Plakat hin, das am Dienstag in verschiedenen Stadtteilen angeschlagen war. Diese Plakate behaupten, daß in Mitteldeutschland die gesetzlichen Betriebs-

*) Der Anspruch, daß die deutsche Uebersetzung darauf ausgehe, hundert zu unseren Gunsten zu übersehen, ist so unzutreffend, daß man ihr vielmehr vorwerfen muß, dieselbe weniger zu unseren Gunsten zu sein als der Urtext. Der Artikel 270 selbst liefert ein Beispiel. Nach der deutschen Uebersetzung sollen die Alliierten zu der Zollordnung berechtigt sein, wenn sie „erforderlich“ erscheint; nach beiden Originalen nur, wenn sie „notwendig“ erscheint („nécessaire, necessary“).

Deutsche Ferienkinder in Schweden.

Auch in diesem Jahre wird wieder skandinavische Gastfreundschaft zahlreichen unterernährten deutschen Kindern die Möglichkeit gewähren, sich zu kräftigen und eine Zeit ungetriebenen Glückes zu verbringen. In dem soeben bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen „Deutsch-Nordischen Jahrbuch“ werden Briefe solcher deutscher Ferienkinder aus Schweden, die in den Sommermonaten des letzten Jahres dort weilten, veröffentlicht. Wir gewinnen einen tiefen Einblick in die Gefühle, mit denen die armen ausgehungerten kleinen die Freuden dieses Aufenthaltes aufnehmen.

Immer wieder kehrt die Bezeichnung „Schlaraffenland“ wieder. So schreibt ein dreizehnjähriger Junge, der seinen Brief auch „Schlaraffenland, No. 30.“ datiert: „Ich glaube, ich bin so glücklich und nach Schlaraffenland gekommen. Am Bahnhof stand auch „Schlaraffenland“ und auf dem Wegweiser stand „Schlaraffenland“. Und als ich weiter ging, kam ich durch einen großen Zunderberg, unterdessen waren Haferstroden und ein Milchkuh.“ Die Phantasie dieses kleinen Münchhausens wird durch die realeren Angaben seiner Genossen bestätigt. Ein fünfzehnjähriger schreibt auch noch recht kühn: „Es ist hier wie im Schlaraffenland. Denk! Curry! Hier ruft man weiße Schuhe mit Milch, schwarze mit Butter. Wenn für unseren Terrier das Brot nicht fingerdick mit Butter beschmiert ist, so friert er es einfach nicht, und wenn auf der Milch die Sahne nicht einen halben Zentimeter dick schwimmt, so fängt der Kaiser sie nicht.“ Ein junges Mädchen schreibt aus Vörlöping: „Ich bin in der vorigen Woche schon krank gewesen. Wir sind drei selbstgebratene arme Ritter, in Schokolade gewälzt, mit Kirschkompost und vier Pfannkuchen mit Blaubeercompott nicht bekommen. Jetzt geht's mir aber prächtig. Sie lachen alle über unseren Appetit.“ Das Essen spielt in diesen Briefen begreiflicherweise überhaupt eine sehr große Rolle.

Auch von Geschenken wird viel und begeistert erzählt. „Ich habe schon sehr viel Sachen bekommen.“ schreibt ein zehnjähriges Mädchen, „Schuhe, zwei Schürzen, Unterröck, Hose, Strümpfe, Jacke, Hemd, Taschentücher und Schreibpapier.“ Ich bekomme zu jeder Mahlzeit ein oder zwei Gläser Milch und ganz die Butter auf das Brot und Käse.“ Gar mancher dieser kleinen Schlemmer wünscht sich die dortigen Rächsten aus Deutschland her. „Man geht jeden Abend so befrichtigt und dankbar zu Bett.“ heißt es in dem Brief eines Mädchens. „Alle sind so lieb und freundlich. Und doch, als ich gestern Abend das Fährschiff von Deutschland kommen sah, dachte ich, wenn Du, liebe Mutter, doch mit ihm kämest, um hier sein zu können, denn Dir läßt die Geholung noch nütziger als mir.“ Und ein Junge, der zu seinem Geburtstag so schöne Geschenke und so herrlichen Kuchen bekommt, schreibt nach Hause: „Ich dachte oft daran, wenn Ihr nur ein kleines Stückchen haben könntet, wie sehr Ihr Euch darüber freut hättet.“ Aus allen Briefen geht die Güte und Freundlichkeit hervor, mit

räte abgesetzt und durch revolutionäre Arbeiterräte ersetzt wurden, daß dort die Betriebe in der Hand des Proletariats seien, und fordert zur Nachahmung auf. Nach früheren Erfahrungen zu schließen, dürften in Berlin zur Besetzung der Betriebe hauptsächlich die Arbeitslosen vorgeschickt werden.

Aus allem ist zu ersehen, daß in den nächsten Tagen mit allerhand vom Jaun gebrochenen Aktionen der Kommunisten zu rechnen ist. Die Arbeiterschaft wird die tobsüchtigen Hitzköpfe gegenüber ihre Ruhe, Kaltblütigkeit und Besonnenheit behaupten. Wo kommunistische Minderheiten ihre Mitstreiter zu terrorisieren suchen, da werden sie auf entschiedenen Widerstand stoßen.

Friesland-Reuter enthaftet.

Zur Verhaftung Frieslands geht uns von amtlicher Stelle folgende Mitteilung zu:

Der in der R.P.D. an hervorragender Stelle tätige Friesland war unter diesem Namen in Berlin und Umgebung weder gemeldet, noch zu ermitteln. Es bestand deshalb der Verdacht, daß es sich bei ihm um einen kommunistischen Agenten handelte, der sich hier unter falschem Namen aufhielt, wie dies z. B. bei dem kürzlich abgehobenen Russen Guraloff der Fall war, der hier als Wagner, Schulz und Rosenthal auftrat. Um Frieslands Persönlichkeit festzustellen, wurde er längere Zeit beobachtet, bis es gelang, seine hiesige Wohnung Regensburger Str. 30 zu ermitteln. Er wurde nunmehr festgenommen, und bei der Untersuchung ergab sich dann, daß er gar nicht Friesland heißt, sondern der am 22. Juli 1880 zu Apfenrade geborene Schriftsteller Ernst Reuter ist. Als solcher hat er sich auch polizeilich angemeldet. Der Umstand, daß er seinen wirklichen Namen im politischen Leben verschwiegen hat, führte zu einem weiteren Verdacht, dem ebenfalls nachgegangen werden mußte. Nachdem auch dieser sich als unrichtig herausgestellt hatte, ist Reuter heute aus der Haft entlassen worden. Die in einigen Zeitungen über seine Verhaftung angegebenen Gründe (Fälschung der Rathaus-Tribünenkarten. Red. d. „R.“) sind unzutreffend. Die Zeitungsmittelungen beruhen nicht auf amtlichen Angaben.

Die Polizeiaktion in Mitteldeutschland.

Von zuständiger Stelle wird dem „P.R.“ geschrieben: Die Polizeiaktion im mitteldeutschen Industriegebiet wurde notwendig, um der Anarchie, die sich dort seit einiger Zeit in großem Umfange bemerkbar machte, entgegenzutreten. Die Verfehlungen der größeren Betriebe im Bezirk Merseburg führten seit längerer Zeit lebhafteste Beschwerde darüber, daß sie in einem solchen Umfange beschlagnahmt würden, daß der Schaden sich im Jahre auf mehrere Millionen Mark bezifferte. Verdächtige Personen zu kontrollieren durften die Lohnwächter überhaupt nicht mehr wagen. Wo der Versuch hierzu unternommen wurde, wurde er in den meisten Fällen mit schwersten Mißhandlungen beantwortet. Anordnungen der Betriebsleitung blieben unausgeführt. Die ordentlichen Behörden konnten gegen den Terror, der von unklaren verantwortungslosen Kommunisten ausgeht, nichts ausrichten. Schon vor einiger Zeit haben die ordentlichen Behörden deswegen um polizeiliche Hilfe nachgesucht, die aus mehrfachen Gründen nicht sofort gemäht werden konnte. Jetzt sind die Hindernisse beseitigt und Oberpräsident Höring hat die Zusicherung erhalten, daß ihm für die Durchführung der Polizeiaktion diejenigen Polizeikräfte zur Verfügung gestellt werden, die er für erforderlich halten sollte. Es handelt sich lediglich um eine polizeiliche Aktion zur Wiederherstellung geordneter Zustände. Die polizeilichen Kommandos sollen die strengste Unwesenheit erhalten, jede Provokation zu vermeiden. Es ist aber auch kein Zweifel daran gelassen worden, daß mit größter Entschiedenheit gegen Räuber und Expreßer vorgegangen werden wird. Es handelt sich nicht um eine Einmischung in die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter, ebensowenig um eine Beeinträchtigung ihrer staatsbürgerlichen Rechte.

Tagung der Heeres- und Marinekammern. Am Dienstag wurden die Verhandlungen der Heeres- und der Marinekammer beendet. Gegenstand der Beratung waren das neue Disziplinarstrafgesetz und die allgemeine Versicherungspflicht für Wehrmachtangehörige.

Der Reichskunstwart über die Leipziger Messe. Der Reichskunstwart gab von seinen Eindrücken auf der Leipziger Messe folgende Darstellung: Es ist nötig, daß man die Bilanz der Messe nicht nur nach den Umsätzen zieht, man muß auch erstlich prüfen, was sie über unser Können und unsere Arbeitskraft aussagt und inwiefern sie auf diesen Gebieten Ausblicke in die Zukunft eröffnet. Unter solchen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Ergebnis durchaus erfreulich. Das Kunstgewerbe erscheint immer weniger als Angelegenheit einzelner; man hat das Gefühl, daß ein einheitlicher Wille auf den verschiedensten Gebieten nach gebiegender und sachlicher Lösung der Probleme verlangt. Die Umstellung von Erwerb auf Berufarbeit hat es mit sich gebracht, daß die Tätigkeit des Künstlers, besonders soweit er escher Handwerker ist, erhöhte Bedeutung gewinnt. Deutlich zu spüren ist überall der Wille, den Erdbesitz handwerklichen und technischen Könnens nicht untergeben zu lassen. Man fühlt die Gefahr, daß dieser Besitz verloren geht, wenn nicht das volkswirtschaftliche Gewissen der Fabrikanten und Käufer erstarkt, daß in ihm ein wichtiges Stück Nationalvermögen liegt. Diesem „Vermögen“ muß über eine schwere Krise hinweggeholfen werden.

Kann das Herz brechen? Können Herzen brechen? Diese Frage wird ein englischer Herzspezialist Dr. Goodall auf und beantwortet sie in bejahendem Sinne. „Ein gebrochenes Herz“, so sagt er, „ist nicht nur ein lährendes Bild, das von sentimentalen Geschichtsschreibern erfunden worden ist, sondern es ist eine Tatsache des täglichen Lebens. Aber die Dichter treten gründlich in einem Punkte nicht aus Nummer und Schmerz, nicht aus Sorgen und Gram bricht das Herz, sondern aus Freude.“ Goodall behauptet, im Londoner Hygiene-Institut ein Tier beobachtet zu haben, dessen Herz direkt aus Freude brach. In Fällen außerordentlich starker Erregung führen Leute manchmal einem scharfen Schmerz im Herzen, der wahrscheinlich von dem plötzlichen

Troßt Bayern!

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ brachten am Dienstag die aufsehenerregende Meldung, daß ein am Montag abend in München abgehaltener Ministerrat sich mit der Sachlage befaßte, die durch das Gesetz zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages geschaffen ist. Nach Meldung des genannten Blattes hat der Ministerrat sich einmütig dem Standpunkt des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr angeschlossen, daß die bayerischen Selbsthülfsorganisationen ihrem Befehl nach nicht unter das neue Gesetz fallen und deshalb aufrechtzuerhalten sind. Diese Meldung wird amtlich durch M.B. dementiert. Die amtliche Erklärung sagt, daß über die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem Gesetz über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages im Ministerrat keinerlei Beschlüsse gefaßt worden sind.

Trotz dieses amtlichen Dementis wird gegen die Aufrichtigkeit der bayerischen Regierung, das Gesetz in Bayern durchzuführen, ein gesundes Mißtrauen am Platze sein.

Soch geht weiter.

Berlin, 22. März. (W.B.) Gestern ist der Bahnhof Ostseebad bei Oberhausen, welcher für die Verbindung zwischen Oberhausen und Essen wichtig ist, durch französische Truppen besetzt worden. Die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeikommissars in Walsum erfolgte, weil sich im Besitze des Bürgermeisters ein chinesischer Dolch befunden haben soll. Die beiden Herren wurden nach 24stündiger Haft wieder entlassen.

Brüssel, 22. März. Die Kammer hat den Strafzoll gegen Deutschland angenommen.

Bonar Laws Nachfolger.

London, 22. März. (W.B.) In der heutigen Sitzung der unionistischen Parlamentsmitglieder im Carlton-Klub wurde Chamberlain einstimmig zum Führer der unionistischen Partei im Unterhause an Stelle des zurückgetretenen Bonar Laws gewählt. Die Reparationsbill wurde vom Oberhause in zweiter Lesung angenommen.

Italienische Parteischlachten.

Mailand, 22. März. (W.B.) In Greco Milanese wurde ein Bombenanschlag auf den Sitz der Faschisten verübt. Es gab zwei Verwundete. Der Täter wurde verhaftet. Die Polizei nahm darauf eine Durchsuchung am Versammlungsort der Kommunisten vor und verhaftete 14 Personen. Bei einer Durchsuchung des kommunistischen Bureau in Mailand wurden 30 Personen verhaftet. Als die Faschisten nach einer Kundgebung in Mailand nach Greco Milanese zurückkehrten, kam es zu einem Zusammenstoß mit Sozialisten, bei dem zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Später drangen Faschisten in das Gebäude der Sozialisten an der Porta Saridabbi ein, verhafteten die Möbel und nahmen die rote Fahne mit. Ein Sozialist wurde getötet, mehrere verwundet, darunter verlebte schwer. Der Sitz der sozialistischen Liga wurde zerstört. — Nach einer „Tempo“-Meldung schlossen sich diese Ereignisse, deren Vorgang hier aus bürgerlichen Quellen geschildert ist, einer Gedenkfeier an das Ende der österreichischen Herrschaft über Mailand (1859) an.

Kanossa, 22. März. (W.B.) Bei dem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Faschisten wurden zahlreiche Personen verwundet, darunter mehrere schwer. Das Bureau der Sozialisten-Liga wurde zerstört.

Die Eberbacher Entführung.

Im Eberbacher Entführungsprozeß lautet das Urteil gegen den 27 Jahre alten amerikanischen Kriminalbeamten Raef wegen Amisanzmachung, verführter Mötigung und fahrlässiger Körperverletzung auf 15 Monate Gefängnis, gegen den amerikanischen Polizeibeamten Zimmer auf 6 Monate, gegen ihre deutschen Helfershelfer wegen Beihilfe zur Amisanzmachung auf 5 bis 11 Monate Gefängnis.

Jerreßen einiger weniger Bolern im Herzen hervorgerufen wird. Der Arzt hat sich eingehend mit den Ursachen plötzlicher Todesfälle beschäftigt und gefunden, daß nie harte Arbeit, sondern nur große Erregung sofort tödtet. Auffällig ist ihm, daß so viele plötzliche Todesfälle auf den Bahnhöfen vorkommen, wo sich der Mensch gewöhnlich in einem Zustande der Aufregung befindet, daß so viele sterben, wenn sie in die Ferien gehen oder daraus zurückkehren. Er stellte fest, daß in den letzten drei Monaten nicht weniger als 57 plötzliche Todesfälle auf Bahnhöfen berichtet wurden. Er untersuchte einen Menschen, der ellig läßt, um noch den Zug rechtzeitig zu bekommen, und fand, daß sein Herz vor Beginn des Laufens eine Arbeit von 132 Fuß Pfund in der Minute verrichtete, also 152mal die Kraft aufwendete, die dazu gehört, ein Pfund einen Fuß hochzuheben. Als der Reisende den Zug erreicht hatte, war die Herzleistung auf 360 Fuß Pfund in der Minute gestiegen. Ein anderer Versuch ermittelte, daß ein Mann, der eine Treppe emporsteigt, die Herzleistung um 112 Fuß Pfund erhöht. Durch eine nicht einmal große Erregung wird die Herzleistung um 72 Fuß Pfund durchschnitlich gesteigert. Wenige Leute stellen sich richtig vor, welche Wohltat in einer kurzen Ruhepause während des Tages liegt. Goodall hat berechnet, daß, wenn ein Mann eine halbe Stunde täglich sich ein Jahr lang ausruht, er dadurch seinem Herzen die Kraft von 219 000 Fuß Pfund rettet. Eine Stunde Ruhe am Sonntag nachmittags erspart dem Herzen eine Arbeitsleistung von 62 400 Fuß Pfund.

Opernplauderung. Am Staatlichen Schauspielhaus muß die für Mittwoch vorbedachte Erlaßführung von Bechats Drama „Die ersten Sedemunds“ aus technischen Gründen auf Freitag, den 1. April, verschoben werden. Statt dessen Mittwoch: „Kathen der Welt“, Sonntag: „Richard III.“ Die für die Erlaßführung geübten Karten behalten Gültigkeit.

Theater. Am Friedrich-Wilhelm-Rudolfs-Theater wird am Karfreitag „Das Gesetz“ von Paul Vesper gegeben. Musik. Da die Karten zur Aufführung der 9. Sinfonie am Karfreitag im Bühnenball unter Dr. Max Burkhart vergriffen sind, so wird Donnerstag nachmittag eine Voranführung veranstaltet. — Das zweite vollständige Konzerte der Staatsoper am zweiten Osterfesttag 11 Uhr bringt die „Eroica“ von Beethoven, „Lob und Verdammung“ von Richard Strauss, die „Waldau“ und die Duettszene zur „Verkauften Braut“ von Semtana.

Vorlesungen und Registationen. Der Direktor der Universitätsbibliothek, Dr. Drach, wird in einer überprofessionellen Vortragsreihe am Karfreitag, 12 Uhr, im Theaterball das Drama „Die Räuber“ von Max Ringwald vorlesen. — Alfred Braun vom Schillertheater und Doris Radtke geben am Karfreitag, 8 Uhr, einen Vortragabend in der Bühnenkammer (Berl., Vogelstr., Heine und Storm).

Die Reste auf Langenberg. Ein in Rodenbanen bereits aufgeführtes Drama von W. Underlen-Regis, dem Verfasser unseres laudenden Romans, erlebte im Konstanzer Stadttheater seine erfolgreiche deutsche Uraufführung.

Das Oberammergauer Passionsspiel wird 1923 wieder hergestell werden.

Eine neue Expedition nach Nordamerika. Eine Expedition, die sich zurzeit in London aufhält, hat seine Verhandlungen mit der kanadischen Regierung abgeschlossen, die auf eine neue Expedition nach dem arktischen Krüppel nördlich von Amerika einzusetzen. Es leben dort eine Menge von Eskimotämmen, die bislang noch nicht erforscht sind. Die Expedition soll drei Jahre dauern.

Der Berliner Haushaltplan genehmigt

Neue Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise — Annahme der Hausangestelltensteuer.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt gestern mit der 2. Beratung des aus dem Ausschuss zurückkommenden Haushaltplans 1920 nicht lange auf. Nach kurzer Erörterung wurde er ohne Änderungen so, wie der Ausschuss vorschlug, in Einnahme und Ausgabe mit annähernd 6 Milliarden Mark festgesetzt. Die Frage, woher für die außerordentlich gestiegenen Ausgaben der Stadt die Deckung genommen werden soll, wurde im Laufe der Sitzung mehrfach aufgeworfen. Die neue Erhöhung des Gas- und Elektrizitätspreises, die gestern genehmigt wurde, soll zur Beschaffung der Mittel beitragen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Conrad, betonte die Notwendigkeit, auch durch Verbesserungen der Technik eine Steigerung der Werkerträge anzustreben. Sehr lebhaft wurde um die Hausangestelltensteuer gestritten, die der Stadtsäckel braucht. Sie wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Sitzungsbericht.

Zu Beginn der heutigen außerordentlichen Sitzung erfolgte die Einführung der Stadträtin Frau Deutsch. Nach der Absicht des Vorsitzers soll der gesamte Rest an unerledigten Vorlagen, Anträgen usw. vor dem 1. April erledigt werden; man will gründlich Inventur machen. Nur wenn heute stark geschloffen wird, ist Aussicht vorhanden, um eine Sitzung am Gründonnerstag und am dritten Osterfeiertag herumzukommen. Auf eine dringliche Anfrage der Deutschnationalen Dr. Steiniger, Koch und Gen., was der Vorsteher gegen die

Arheber der Tribünenartenfalschung

zu unternehmen gedenkt, erwidert Dr. Wehl, daß nach seinen Informationen die Staatsanwaltschaft sich der Sache bemächtigt hat und sich bemüht, die Urheber festzunehmen. Das Bureau habe Vorkehrungen getroffen, um, soweit möglich, Fälschungen zu verhindern. Ein dringlicher Antrag der D. Sp. verlangt scharfste Ergreifung von Maßnahmen, den ungehinderten Verkehr mit dem Rathaus während der Sitzungen zu gewährleisten. Der Antrag findet Widerspruch bei den Kommunisten; D. Sp. betont die Wichtigkeit der Sache, man habe diesen Widerspruch vorausgesehen, glaube aber schon durch die Stellung des Antrages erreicht zu haben, daß der Magistrat diese im eigentlichen Sinne des Wortes dringliche Sache einer Prüfung unterziehen wird. Darauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein, die nachträglich um einen Gegenstand, nämlich die

Teilschung des Stadthaushaltsplans für 1920.

berichtet worden ist. Diese Beratung und die Beschlußfassung über den damit im Zusammenhang stehenden Vorlagen wird vorweggenommen. Den Bericht des Etatsausschusses erstattet Jurisch (D. Sp.). Der Ausschuss beantragt die unveränderte Genehmigung des Etats, der mit 5 901 268 000 M. in Einnahme und Ausgabe balanziert; gleichzeitig soll der Magistrat bei Neubearbeitung des Lagerbuchs bei allen Werten grundsätzlich prüfen, ob sie sich zur Abstoßung durch Verkauf eignen.

Dr. Steiniger erklärt, daß die Deutschnationalen gegen den Etat stimmen werden. Leid (U. Soz.) und Dörr (Komm.) sprechen sich gegen die Veräußerung von Kommunalfonds aus; die Kommunisten werden ebenfalls den Etat ablehnen. Für die Entscheidung betr. den Verkauf von Immobilien tritt u. a. Conern (D. Sp.) ein; die Deutsche Volkspartei wird für den Etat stimmen. Der Etat für 1920 wird unverändert genehmigt. Die Entscheidung wird mit 73 gegen 68 Stimmen angenommen. (Rufe bei den Kommunisten: Berlin auf Abbruch.)

Ueber die anderen dem Etatsausschuss überwiesenen Vorlagen berichtet Stadtd. Rerten (Dem.). Sie betreffen Bewilligung von Mitteln für die Anfuhr von Brennholz für Schwertragsbeschädigte, Bewilligung von 4 Assistenzärzten für das Gesundheitsamt, Unterstufung Minderbemittelter beim Umzug, Gewährung von Anwartschaften, Straßenbahnkarten usw. an gewisse Beamtenkategorien u. a. — Die letztgenannte Vorlage wird einem Ausschuss überwiesen; die übrigen Vorlagen werden angenommen, diejenige wegen Herstellung eines Vereinszimmers im Rotstiller in Schmaragdendort vor-

läufig abgelehnt. Der Beirath der Assistenzärzte beim Gesundheitsamt widersprechen die Vertreter der D. Sp., weil sie darin eine unerwünschte Stärkung der Zentralisationsidee erblicken; Stadtsäckelrat Dr. Rabenow legt wiederholt die Notwendigkeit dar, zurzeit das Personal des Gesundheitsamts entsprechend zu vermehren, und die Mehrheit tritt dem Ausschussantrag bei. Auf Antrag Koch (Dnat. Sp.) wird die Vorlage wegen Kaufs von Geländen zur

Erweiterung des Friedhofs in Friedrichsfelde

einem heute noch zu ernennenden Ausschuss überwiesen. Mit der Freilassung der Westhälfte des ehemaligen Exerzierplatzes vor dem Schönhauser Tor von den Resten der Anlage der Gaudisstraße, der Schwebler und der Eberswalder Straße aus Anlaß der gegenwärtigen Errichtung städtischer Bauten für gemeinnützige Zwecke erklärt sich die Versammlung einverstanden, doch soll diese Einverständniserklärung nur für den jetzigen Eigentümer gelten, und es sollen dort weder die derzeitigen Mietpreise erhöht, noch andere Baulichkeiten errichtet werden.

Am 14. März hat ein Ausschuss die Magistratsvorlage beraten, welche die Deckung für die Erhöhung der Lohn- und Vergütungssätze der städtischen Arbeiter um durch Erhöhung des Gaspreises um 10 Pf. (von 1,25 auf 1,35 M. für den Kubikmeter), des Preises der Elektrizität für Licht um 50 Pf. (von 2 M. auf 2,50 M.) bzw. um 20 Pf. (von 1,20 auf 1,40 M.) herbeiführen will. Mit 7 gegen 5 Stimmen hat der Ausschuss dem zugestimmt.

Deitmer (U. Soz.) erhebt Einspruch gegen das Verfahren des Magistrats, die

Lohnhöhung immer als Grund der Preissteigerung

für Gas und Elektrizität anzugeben; es handle sich tatsächlich um die Erzielung des Gleichgewichts im Etat. Redner richtet Angriffe auf die Verwaltung, die noch immer aus der Kapp-Politik in dem Gaswerk Danziger Straße 26 Arbeiter durchschleppe, die keine produktive Arbeit leisten.

Auf Antrag des Vorstehers wird die weitere Erörterung ausgesetzt, bis ein zuständiger Magistratsvertreter zugegen ist. Als Oberbürgermeister Böck kurz darauf erscheint, unterbrecht Leh (Komm.) im wesentlichen die Ausführungen des Vorredners.

Buchwitz (Dnat. Sp.) tritt den Angriffen des Vorredners entgegen.

Conrad (Soz.): Der Lohnhöhung mußte man zustimmen, und der Tarifhöhung müssen wir zustimmen. Die städtischen Tarife sind ja vergleichsweise immerhin noch niedrig. Die Werte müssen vor allem ihre Technik ausbauen und vervollkommen. Der Ratsschlach, Gas nur als Nebenprodukt zu erzeugen und Koks und Ammoniak zur Hauptfache zu machen, hätte früher vielleicht Sinn gehabt, heute ist an Koks Ueberproduktion vorhanden. Im Interesse des Wiederaufbaues muß die Vorlage angenommen werden.

Der Oberbürgermeister legt auseinander, daß 120 Millionen zu dem Ende sind, wovon die Tarifhöhung nur 73 Millionen deckt. Im Etat für 1920 ist ein Fehlbetrag von 400 Millionen, der in fünf Raten a 80 Millionen abgetragen werden soll. Im Etat für 1921 werden 600 Millionen zu dem Ende sein. Es muß nach aller Möglichkeit vorgefertigt werden, daß Einnahmen zur Deckung schon ab 1. April flüssig gemacht werden, wenn auch fatalerweise — woran ja in diesem Hause niemand schuld ist — der Etat für 1921 erst Anfang Juni vorzulegen werden können. 320 Millionen können durch Steuern und Beste gedeckt werden, die übrigen 280 Millionen werden sich vielleicht durch Minderausgaben einbringen lassen. Die Tarifhöhung läßt sich nicht hinausschieben; wir kommen um sie nicht herum und müssen froh sein, wenn wir damit das Gleichgewicht herstellen können.

Nachdem sich nochmals Leh und Oberbürgermeister Böck, sowie Deitmer (U. Soz.) zur Sache geäußert, wird ein Schlußantrag angenommen und die Tarifherhöhung für Gas und Strom vom Tage der Bestandsaufnahme im März ab gegen die Unabhängigen und Kommunisten beschlossen.

die neue Hausangestellten-Steuer

berichtet nunmehr Dr. Herz (U. Soz.). Die Steuer soll für den ersten Hausangestellten 100, für den zweiten 500, für den dritten 1500, für jeden folgenden 2000 M. betragen. Die Steuer ist vierteljährlich und auch dann zu entrichten, wenn die Hausangestellten auch

nur einen Monat (Vorlage: eine Woche) tätig waren. Aufwärtserinnen sollen dann als Hausangestellte zählen, wenn sie mehr als 20 Stunden in demselben Haushalt beschäftigt werden. Ausbesserrinnen und Näherinnen sind aus der Vorlage befreit. Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen und Wärter von Heizanlagen dem Ausschuss hinzugefügt worden.

Nach ausgiebiger Aussprache, an der sich hauptsächlich die weiblichen Mitglieder der Versammlung beteiligten und in der Schömann (Soz.) die Hausangestelltensteuer als kleineres Uebel trotz ihrer Eigenschaft als indirekte Steuer akzeptiert, weil sie nur den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung trifft, werden die Anträge von rechts auf Steuerfreiheit des ersten Hausangestellten und auf Ermäßigung der Sätze für die übrigen abgelehnt und die Ausschussvorschlüsse im wesentlichen angenommen; gestrichen wird auf Antrag der Sozialdemokraten der Ausschussvorschlag, wonach der erste Hausangestellte steuerfrei sein sollte, wenn der Haushalt besteht aus 1. einer Person über 60 Jahre mit nicht mehr als 20 000 M. Einkommen; 2. zwei Personen über 60 Jahren mit insgesamt nicht mehr als 30 000 M. Einkommen, oder wenn zum Haushalt gehören mehr als drei Personen unter 18 Jahren.

Die Uebernahme der Feuerweh

von Mt. Berlin in städtische Verwaltung wird namens des in voriger Sitzung eingesetzten Ausschusses von Schuldt (Soz.) empfohlen und von der Versammlung mit großer Mehrheit beschlossen.

Ueber die Frage, ob der Antrag des Zentrums wegen Gewährung von Zuschüssen an höhere private Mädchenschulen Groß-Berlins an den Ausschuss zurückzuerweisen ist, erhebt sich eine langwierige Debatte, die mit der Berneuerung der Frage endet; die weitere Beratung dieser Sache wird nach 1/10 Uhr vertagt.

Darauf wird noch die Vorlage betreffend die Einrichtung eines städtischen Anschlagwesens

in Beratung genommen. Haß (Soz.) empfiehlt die Annahme nach den Magistratsvorschlägen. Auf Antrag Koch wird die Debatte geschlossen und in der Abstimmung die Vorlage in erster Lesung genehmigt. Die zweite Lesung soll nächsten Donnerstag stattfinden. Nach 10 Uhr werden noch weitere Vorlagen erledigt.

Bestätigte und nichtbestätigte Bezirksämter.

Der Oberpräsident hat gestern eine weitere Zahl von Bezirksämtern bestätigt, bei einer Reihe von anderen Bezirksämtern dagegen den meisten besoldeten Bezirksamtsmitgliedern die Bestätigung nicht erteilt. In diesen Bezirken sind nur die unbesoldeten Mitglieder vollständig bestätigt worden. Die Staatsaufsichtsbehörde hat sich hierbei, wie mitgeteilt wird, von dem Grundsatze leiten lassen, daß die Bezirksämter, die gerade jetzt sehr schwierige organisatorische Aufgaben zu erfüllen haben, sachkundig besetzt sein müssen. Dies um so mehr, als die Gewählten nicht in eingearbeitete Dezentrate kommen, sondern völlig neu anfangen müssen. Bei anderer Zusammensetzung der einzelnen Bezirksämter würden wahrscheinlich einige der Gewählten noch bestätigt werden. Auf die politische Stellung der Gewählten, heißt es weiter, ist nirgends Rücksicht genommen worden. Soweit die Mitteilung, auf die später zurückzukommen wäre.

Ganz bestätigt

wurden außer den bereits bestätigten und mitgeteilten Bezirksämtern Bezirksamt 10 (Zehlendorf), Bezirksamt 12 (Steglitz-Nichtersfeld), Bezirksamt 14 (Neukölln), Bezirksamt 16 (Köpenick-Friedrichshagen).

Teilweise bestätigt

wurden folgende Bezirksämter: Bezirksamt 3 (Wedding); Bestätigt: Bürgermeister Redakteur Karl Leid, sowie die sämtlichen unbesoldeten Stadträte: Stempelschreiber Zietemann, Bureaugehilfin Bertha Lungwisch, Gewerkschaftsangehörter Kreisoberrat, Zeichner Dörr, Studienrat Prof. Dr. Knike, Architekt Wilhelm Pfeiffer; nicht bestätigt sind die sämtlichen besoldeten Stadträte. Bezirksamt 4 (Prenzlauer Tor); Bestätigt: Bürgermeister Paul John, Redakteur, sowie die sämtlichen unbesoldeten Stadträte, nicht bestätigt: die sämtlichen besoldeten Stadträte. Bezirksamt 5 (Friedrichshagen); Bestätigt: Bürgermeister Gewerkschaftssekretär Paul Mieth, stellv. Bürgermeister Arbeitersekret. Eugen Brücker; nicht bestätigt: sämtliche besoldete Stadträte. Bezirksamt 15 (Trepow); Bestätigt: Bürgermeister Gewerkschaftsangehörter Julius Brunow, stellv. Bürgermeister Redakteur Karl Bernuth, die sämtlichen unbesoldeten Stadträte; nicht bestätigt: die sämtlichen besoldeten Stadträte. Bezirksamt 17

Sfine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Regö.

Hinter dem Wagen kam Trupp auf Trupp, ein ganzer Aufzug; es sah aus, als hätte keiner das Schindergeländchen als erster betreten wollen. Wo die Obrigkeit voranging, konnten wohl auch andere Leute herantreten; aber der Amtsgehilfe und der Polizeidiener waren die einzigen, die Lars Peter die Hand gaben; die übrigen stießen sich gar sonderbar umher, steckten die Köpfe zusammen und flüsterten miteinander.

Lars Peter nahm die Auktionsgäste in Augenschein. Dieser und jener Hofbesitzer war darunter, alte, geizige Bauern, die in der Hoffnung auf einen billigen Kauf erschienen waren. Im übrigen waren es meist kleine Leute aus der Umgegend des Sandes und des Hags, Häusler und Landhandwerker, die der Kredit lockte. Sie begrähten Lars Peter nicht, sondern machten sich an die Bauern heran und schwarzenelten um den Polizeidiener herum; an den Amtsgehilfen getrauten sie sich nicht heran.

„Sie treten wahrhaftig auf, als ob man tief unter ihnen stände,“ dachte Lars Peter. Und was besahen sie. Die meisten waren Leute, die nicht so viel Land hatten, daß man einen halben Scheffel Mohrrüben darauf ziehen konnte. Gut, daß er keinem von ihnen etwas schuldig war! Selbst die Häusler aus dem Moor, denen er in ihrer Armut oft beigestanden hatte, folgten dem Beispiel der andern und sahen ihn heute über die Achsel an. Nun, jetzt war es ja nicht mehr zu erwarten, daß er ihnen nützen könnte!

Es war übrigens recht komisch für ihn, hier umherzugehen und mitanzusehen, wie die Leute sich um seine Brocken stritten. So klein waren sie also, daß sie sich die verschliffenen Sachen des Schinders zulegten — wenn sie nur Kredit bekamen und einen billigen Preis erzielten.

Der Amtsgehilfe kannte die meisten von ihnen beim Namen und ermunterte sie zu bieten. „Na, Peter Jensen vom Hag, heraus mit einem ordentlichen Angebot! Sie haben ein ganzes Jahr lang nichts bei mir gekauft!“ So fiel er plötzlich über irgendeinen Häusler her. Oder: „Hier gibt es etwas zum Käufchen für Ihre Frau Jens Pösen!“ Jedesmal, wenn

er jemanden beim Namen nannte, zuckte der Angeredete zusammen, lachte verlegen und bot. Die Befangenheit rührte um die Augen der Leute verriet, daß sie sich stolz und geehrt dadurch fühlten, daß der Amtsgehilfe sie kannte.

„Ein Haarkamm, wieviel wird geboten!“ rief der Amtsgehilfe, als die Reihe an die landwirtschaftlichen Geräte kam. Ein Gelächter wogte über die Versammlung hin; eine alte Egge war hervorgeholt worden. Die Reinigungsmaschine nannte er eine Kaffeemühle, und so hatte er für jeden einzelnen Gegenstand eine komische Bezeichnung. Zuweilen waren die Witze derart, daß das Gelächter sich gegen Lars Peter wendete, und zwar ohne viel Bedenken. Aber Lars Peter schüttelte es ab und nahm es hin als das, was es war. Es gehörte nun einmal zum Beruf des Auktionarius, Witze zu reihen — das förderte den Umsatz.

Auch der arme, elende Tagelöhner Johansen hatte sich eingefunden, hinter den andern reichte er den Hals — im zerrißenen Arbeitsanzug und in gespaltten Holzschuhen. So oft der Amtsgehilfe etwas sagte, lachte Johansen laut auf, um zu zeigen, daß auch er mit dabei war. Den Lars Peter packte ein rechter Zorn auf ihn. Zu essen hatte er selten im Hause, außer dem, was man ihm in der Dummheit zulegte; sein Verdienst ging für Branntwein drauf. Und nun machte er sich wichtig, der Lump! Und wahrhaftig, er bot auch — auf Lars Peters alte Stiefel! Niemand wollte sie ihm freitig machen, und so bekam er sie für eine Krone. „Es wird wohl bar bezahlt?“ sagte der Amtsgehilfe. Da war er vor der ganzen Versammlung lächerlich gemacht, er hatte ja kein Geld.

„Das Geld kam er von mir bekommen,“ sagte Lars Peter und legte die Krone auf den Tisch. Johansen gaffte ihn an; dann setzte er sich hin und begann, die Stiefel anzuziehen. Er hatte seit Jahr und Tag kein Lederschuhzeug getragen.

In der guten Stube war der Tisch gedeckt mit zwei großen Schüsseln mit Butterbrot, einer Flaße Branntwein und drei Gläsern. An dem einen Tischende standen Kaffeetassen. Stine hielt sich in der Küche auf; mit roten Wangen wirtschafete sie da herum, gepannt, ob ihre Anrichtung Beifall finden werde. Es war alles vorbereitet, noch mehr Butterbrote zuzureichemachen, wenn es nötig sein sollte, und jeden Augenblick war sie an der Türspalte und guckte hinein. Das Herz schlug ihr zum Halse hinauf. Hier und da kam ein Fremder in die Stube und schaute sich neugierig um; aber die Leute gingen wieder, ohne etwas zu genießen. — Ein Mann kam, der nicht aus der Gegend war. Stine kannte ihn nicht.

Er setzte sich rittlings auf die Bank, nahm ein Stück geräucherter Lammkeule und schenkte sich einen Schnaps ein. Stine konnte an seinen Kiefern sehen, daß es ihm gut schmeckte. Aber dann kam eine Bauersfrau herein, jupfte ihn am Aermel und flüsterte ihm etwas zu. Er stand auf, spuckte das Essen in die hohle Hand aus und ging mit ihr zu den andern.

Als Lars Peter in die Küche kam, lag Stine meinent über dem Küchentisch. Er hob sie auf und fragte: „Was ist los?“

„Ach, nichts,“ erwiderte sie schraubend, während sie sich freimachte. Vielleicht wollte sie ihn schonen, ihm vielleicht verbergen, wie sie sich schämte; es bedurfte vieler Ueberredung, bis er aus ihr herausbrachte, daß es sich um das Essen handelte. „Sie rühren es gar nicht an!“ schimpfte sie.

Er hatte es selber bemerkt.

Um sie zu trösten, sagte er: „Sie sind wohl noch nicht hungrig. Und sie haben ja auch keine Zeit.“

„Sie glauben, es ist ungenießbar!“ beharrte sie. „Sie halten es für Hundespeise oder dergleichen.“

„Ach, dummes Zeug!“ Lars Peter lachte wunderbar. „Es ist ja auch noch nicht Mittagspause.“

„Ich hab' selbst gehört, wie eine Frau zu ihrem Mann sagte, er solle es nicht anrühren.“

Lars Peter stand eine kleine Weile da, dann klopfte er sie auf den Rücken und sagte: „Mach' dir bloß nichts draus. Morgen ziehen wir von hier fort und drehen allen eine Nase. Dann fängt ein neues Leben für uns an. Na, ich muß wieder zur Versteigerung hinaus. Sei ein vernünftiges Mädchen!“

Lars Peter ging zur Tenne hinaus, wo die Auktion jetzt stattfand. Um zwölf Uhr hielt der Amtsgehilfe inne. „Jetzt machen wir eine kleine Ruhepause, Deutchen, undrecken uns was ins Gesicht!“ rief er. Die Leute lachten. Lars Peter näherte sich dem Amtsgehilfen. Jeder wußte, was er von ihm wollte; man drängte sich näher heran, um mitanzusehen, wie der Schinder sich seine Abfuhr holte. Er küßte den Schlapphut und kratzte sich in seinem gewaltigen Schopf. „Ich wollte bloß lachen,“ — seine mächtige Stimme drang bis in die fernsten Winkel — „wenn der Amtsgehilfe und der Polizeidiener vorliebnehmen wollen, drinnen in der Stube steht Essen, Schnaps und Bier. Auch mit einem Schluß Kaffee können wir aufwarten.“ Die Leute stiegen einander an: wie froh der Schinder heut austrat! Einen von der Obrigkeit zu Tisch zu bitten, obendrein im Hause der Mörderin! Gelpant sah man auf den Amtsgehilfen; ein Hofbesitzer nahm sich heraus, ihm warnend zuzubinzeln.

(Fortf. folgt.)

(Nichtenberg): Bestätigt: Bürgermeister Stadtrat Otto John, die besetzten Stadträte Schulrat Dr. Siggel, Stadtbaurat Dr. Lang, Glene, Stadtrat Wöhe, Ratszimmermeister Fischer, sowie die unbesetzten Stadträte Stadtschreiber Engler, Lehrer Köhler, Buchdrucker-Expediten Stimming, Schuhmacher Küfener, Schlosser Torgler und Privatbeamter Hermann Weiß; nicht bestätigt: Stadträte Bürgermeister Kuffenangehüllter Fritz Thurm, besetzter Stadtrat Bildhauer Heinrich Coers, Bezirksamt 18 (Weihen-see): Bestätigt: stellv. Bürgermeister Schöffe Krankenfassenangehüllter Taubmann, die sämtlichen unbesetzten Stadträte; nicht bestätigt: Bürgermeister Krankenfassenangehüllter Emil Pfannkuch, die besetzten Stadträte: Handlungsgehülfe Richard Pfeiffer, Gewerkschaftsbeamter Ernst Fischer und Kaufmann Eduard Martin, Bezirksamt 20 (Reinickendorf): Bestätigt: Bürgermeisters Beigeordneter Stadtrat a. D. Reichhelm, sowie die unbesetzten Stadträte Schöffe Schwabedal, Schleifer Grafunder, Metallarbeiter Alfred Schärer, Rektor Kempin; nicht bestätigt: stellv. Bürgermeister Werkzeugmacher Selke, besetzte Stadträte Zeitungspediteur Paul Hecht, Buchdrucker Reinhold Fischer, Badiker Fritz Kessler, Tiermaler Karl Reunzig und Gewerkschaftsangehüllter Gustav Scharff.

Verworfen ist die Bestätigung für folgende Bezirksämter: 8 (Spandau) wegen Einspruchs gegen die Gültigkeit der Wahl und polizeilicher Ermittlungen, sowie 9 (Wilmerdorf) wegen mehrerer bedingter Annahmeerklärungen. — Soweit die Bestätigung nicht erteilt ist, müssen Neuwahlen von den Bezirksversammlungen vorgenommen werden.

Die Kreistage Teltow und Niederbarnim

traten gestern in den Kreishäusern zu ihren ersten Sitzungen nach der allgemeinen Neuwahl am 20. Februar zusammen.

Der Teltower Kreistag wurde vom Landrat v. Udenhach mit dem Hinweis auf das erfreuliche Abstimmungsergebnis in Oberschlesien eröffnet. Nach längerer lebhafter Aussprache wurde die Entschädigung für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreistages von 25 auf 75 M. erhöht. Die Wahl zum Kreisauschuß hatte folgendes Ergebnis: Landwirt Ernst Hencke-Nachsteneudorf, Bürgermeister Dr. Wirth-Jessen (Bürgerl.), Amtsvorsteher Baner-Thyrow, Gemeindevorsteher Bonfels-Mahlom (S.P.D.), Fabrikbesitzer Louis Nathan-Romowes (Dem.) und Kaufmann Paul Neumann-Romowes (U.S.P.). Nach Schluß der Tagesordnung wurde ein Antrag unserer Genossen auf Entfernung des Kaiserbildes aus dem Sitzungssaal gestellt; da geschäftsordnungsmäßig seine Behandlung nicht zulässig war, soll er auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden.

Der Niederbarnimer Kreistag erklärte gestern unter dem Vorsitz des Landrats Schlemminger sämtliche Kreisparlamenten für gültig, bewilligte 327 287 M. als Beitrag des Kreises zum früheren Wohnungsverband Groß-Berlin und ebenso 1 737 500 M. für Instandsetzungs- und Erweiterungsarbeiten für die Kreisstranstrassenhäuser Bernau, Rüdersdorf, Wilandsberg und Liebenwalde. Nach längerer lebhafter Aussprache wurde auch dem Verkauf des Kreisfrankenhauses Reinickendorf an die Stadtgemeinde Berlin zum Preise von 2,2 Millionen Mark zugestimmt. Es wurde aber der Wunsch ausgesprochen, daß auch im Norden des Kreises ein Krankenhaus errichtet werden möge. Die neue Zuwachssteuerordnung für den Kreis wurde zur näheren Beratung dem Rechnungsausschuß überwiesen, wobei der Wunsch laut wurde, durch die Steuerhöhe nicht den Siedlungsgeboten im Kreise zu läden. In den Kreisauschuß wurden gewählt: Landwirt August Solzmann-Schönerlinde, Gemeindevorsteher Kühn-Birkenwerder (Bürgerl.), Justizrat Jonas-Oranienburg (Bürgerl.), Holzbildhauer Rüdiger-Bernau (U.S.P.), Amtsvorsteher Kreuzer-Fredersdorf (S.P.D.) und Tischler Buchholz-Köntgenial (R.P.D.).

Bezirk XI (Schöneberg-Friedenau).

Am Montag fand in der Bezirksversammlung die Einführung des Bezirksamts statt. Der Bürgermeister Berndt wurde durch den Oberbürgermeister Böß in sein neues Amt eingeführt. Der Oberbürgermeister führte in seiner Ansprache aus: Die großen Pläne, die die Stadt Schöneberg für ihre Weiterentwicklung aufgestellt hatte, werden wohl aufgehoben, aber niemals aufgehoben werden. Mit neuer Kraft müssen wir an die Arbeit gehen, und mit der Unterstützung aller Bezirksämter wird es auch möglich sein, das neue Berlin zum Wohle der Bürgerschaft aufzurichten. Bürgermeister Berndt versicherte, daß er dem Oberbürgermeister ein treuer Mitarbeiter sein wolle und daß er seine ganze Kraft in den Dienst des Bezirks und Berlins stellen wolle. Darauf wurden durch den Bürgermeister die übrigen Mitglieder des Bezirksamts verpflichtet. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden erwiderte Herr Berndt in längerer Rede, in der er versicherte, daß er allen Mitgliedern als unparteilicher Sachwalter gegenüberstehe und daß er hoffe, durch seine Unparteilichkeit sich auch das Vertrauen derjenigen zu erwerben, deren Stimme er bei seiner Wahl nicht erhalten habe. Nach dreiviertelstündiger Dauer war die Tagesordnung erledigt und die Sitzung geschlossen.

Der Anschlag auf die Siegessäule.

Vom Polizeipräsidium wird zu den gestern berichteten Verhaftungen mitgeteilt, daß die im Hause Neu-Röhlen a. Wasser 21 festgenommenen elf Personen nach den bei ihnen gefundenen Mitgliedskarten und nach eigenen Angaben z. T. der kommuni-

nistischen Arbeiterpartei angehören. Die vorgefundenen Pistolen und Revolver waren sämtlich geladen und sind teilweise ablieferungspflichtige Armeewaffen.

Weshalb äußert sich das Polizeipräsidium aber nicht ausführlich zu dieser immer noch sehr unklaren Geschichte?

Ueberfall in der Wohnung.

Eine Hausangestellte geteubelt und gefesselt.

Wieder ist ein neuer Ueberfall auf eine Hausangestellte verübt worden. Das Mädchen, das bei dem Kammerfänger Kurt Sommer in der Luisenpoldstr. 27 zu Schöneberg beschäftigt war, entging nur dadurch dem sicheren Tode, daß es bald darauf aufgefunden wurde. Es liegt jetzt noch schwer danteder, so daß die Vernehmung sich auf die notwendigsten Angaben beschränken mußte.

Als das Hausmädchen morgens erwachte, trat ihm auf dem Wohnungsflur ein fremder Mann entgegen, der das Mädchen zu Boden warf und ihm einen Knebel in den Hals steckte. Dann fesselte er es an Händen und Füßen und ließ es liegen. Der Knebel war ein Stück Gardine, das die Eindrehler so tief in den Hals hineingepreßt hatten, daß das Mädchen fast erstickt war. Die Schüre, die ihm um Füße und Hände gebunden waren, stammten ebenfalls von einer Gardinenschür. In den Wohnräumen war alles durcheinandergeworfen. Einige Teppiche waren bereits zum Witnehmen zusammengewickelt. Eine Befundaufnahme ergab jedoch, daß die Eindrehler nur drei Ueberzieher vom Wohnungsflur mitgenommen hatten. Wahrscheinlich haben sie, als sie das Mädchen fesselten, ein Geräusch gehört, und um nicht weiter überroht zu werden, sind sie unter Jurücklassung der bereits zurechtgelegten Beute davon-gelaufen. Auf die Ermittlung der Täter, nach den bisherigen Feststellungen sollen es zwei oder drei Mann gewesen sein, ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt worden.

Ein Mörder, der sich selbst beschreibt.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens an dem Landwirt Walter Gröschke, über das wir ausführlich berichteten, haben trotz der umfassenden Nachforschungen der Kriminalpolizei noch nicht zur Feststellung des Täters geführt. Es haben sich inzwischen noch eine ganze Reihe von Leuten gemeldet, mit denen der Mörder in Verbindung getreten ist. In allen Fällen hat er durch fast gleichlautende Briefe sein angebliches Gut bei Reuhof zum Kauf angeboten. Die meisten Briefe sind vom 27. Februar datiert. Der Mörder muß also an diesem Tage längere Zeit zum Briefschreiben benutzt haben. In einem Hotel hat er nach den bisherigen Feststellungen nicht gewohnt, er scheint vielmehr hier in Berlin eine feste Wohnung zu haben. Wesentlich für seine Ermittlung ist es, wenn sich Zeugen melden, denen dies Briefeschreiben aufgefallen ist. Derselbe Mann muß am 2. März sehr früh aufgestanden und in der Nacht zum folgenden Tage, zum 3. März, nicht in der Wohnung gewesen sein. Wer über diesen, der nach einer von ihm selbst in einem Briefe gegebenen Beschreibung ungefähr 1,50 bis 1,60 Meter groß ist, schwarzes, geschwülztes Haar hat und einen grauen Hut und dunkel-grauen Ueberzieher getragen hat, irgendwelche Mittelungen machen kann, wird unter Hinweis auf die Belohnung ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Gegen den Mieterstreik.

Der unter kommunistischer Leitung stehende Mieterverband Groß-Berlin verbreitet an die Mieter Formulare, auf welchen sich dieselben unterchriftlich verpflichten sollen, einer vom Mieterverband erlassenen Parole, in den Mieterstreik einzutreten und die Mietzahlungen einzustellen, Folge zu leisten. Zu diesem Mieterstreik, der vom Berliner Mieterverband für den 1. April 1921 geplant ist, hat eine Delegiertenversammlung der im Gau Berlin des Bundes deutscher Mietervereine zusammengeschlossenen Mieterorganisationen von Groß-Berlin Stellung genommen. Sie hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die im Gau Berlin des Bundes deutscher Mietervereine zusammengeschlossenen Groß-Berliner Mieterorganisationen stehen auf dem Standpunkt, daß der Mieterstreik als letztes und stärkstes Kampfmittel, erst nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten erklärt werden darf, dann aber einheitlich über das ganze Reich nach der Parole des Bundes deutscher Mietervereine und im Einklang mit den großen Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Da diese Voraussetzungen bei dem von anderer Seite zum 1. April erklärten Mieterstreik nicht vorliegen, treten sie diesen Mieterstreik nicht bei, sondern rufen in aller Entschiedenheit von ihm ab.

Wegen Doppelsehe ist am 19. November d. J. vom Landgericht I. der Kaufmann Hermann Groh zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Im Februar 1910 heiratete er in Leipzig seine erste Frau. Im folgenden Monat lernte er ein anderes Mädchen kennen, fuhr mit ihr nach London und heiratete sie dort im April desselben Jahres. Er blieb dann dort, wurde während des Krieges interniert und kam nach dem Kriege mit seiner ihm in London angetrauten Frau nach Berlin, wo er sie, nachdem nun seine erste in Leipzig geschlossene Ehe rechtskräftig geschieden war, nochmals heiratete.

Wegen der in London geschlossenen Heirat ist der Angeklagte der Doppelsehe für schuldig befunden worden. In der Revision gegen das Urteil bestritt er, in London eine für dort rechtsgültige Ehe geschlossen zu haben. Da aber, wie das Urteil feststellt, die in London geschlossene Ehe in das englische Heiratsregister eingetragen worden ist, besteht kein Zweifel, daß es sich um eine wirkliche Eheschließung handelte. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Vodenoeracht bei Abstimmern. Da in einigen Orten Oberschlesiens in der letzten Zeit vereinzelte Vodenoerkrankungen vorgekommen sind, wird es sich empfehlen, in den nächsten Wochen bei Erkrankungen solcher Personen, die an der Vodenoerkrankung in Oberschlesien teilgenommen haben, sowie ihrer Angehörigen, auch an die Möglichkeit einer Vodenoerkrankung zu denken. Der allgemeine Impfschutz, unter dem unsere Bevölkerung in Folge der Durchführung des Impfes steht, bewirkt, daß Vodenoerkrankungen, soweit sie noch vorkommen, zumeist leicht verlaufen und deshalb zuweilen verkannt werden.

Ein Jopfabnehmer treibt zurzeit in Berlin sein Unwesen. Jetzt ist er in Nichtenberg aufgetreten, wo er nicht nur das Gedränge benutzt, um Frauen und Mädchen ihres Haarschmucks zu berauben, sondern sich den Abnungsdosen auch unter der falschen Vorspiegelung nähert, ausgemittelt Haar kaufen zu wollen. Die Kriminalpolizei sucht den Unbekannten, gegen den von mehreren Seiten bereits Anzeigen eingelaufen sind, bisher vergeblich. Er ist etwa 25 Jahre alt, hat dunkles Haar, aus er links geschneit trägt und einen großen dunklen Schnurrbart.

Ueber die Kakerfurschung der Einkommensteuermarken zu 25 M. veröffentlicht das Zentralfinanzamt im heutigen Anzeigenteil ausführliche Angaben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 23. März:

- 13. Kreis. Die Kreisvorstandsversammlung findet heute abend 7 Uhr im Ratshaus, Rathaus, statt, nicht wie angegeben in Tempelhof.
- 14. Kreis. Kreisvorstandliche Mitteilungsversammlung, 7 1/2 Uhr, bei Osipow, Mittelstr. 33. Tagesordnung: Vortrag, Organisationsfragen, Bericht des Kreisvorstandes, 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.
- 15. Kreis. Die Jahreshauptversammlung der Monatsversammlung im März aus.
- 16. Kreis. 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.
- 17. Kreis. 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.
- 18. Kreis. 8 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Frauenvorstand. Thema: Die Unterbrechung der Schwangerschaft. „Formidat“. Referat und Güte willkommen.
- 19. Kreis. Kreisversammlung, 7 1/2 Uhr in den „Gumbertus-Sälen“, Kaiser-Friedrich-Str. 68. Offizieller Parteitag, Referat: Gustav Keller, 12. d. J. Die politische Lage — Regierungsbildung in Preußen.
- 20. Kreis. 8 Uhr bei Werner, Rosenfelder Str. 108b, Mitteilungsversammlung, Referat: Erich Kautner, 12. d. J. Die politische Lage im Reich und Preußen. Parteifreunde und „Formidat“-Besucher sind eingeladen.
- 21. Kreis. 8 Uhr im Restaurant „Berndt“, Lindenstraße, Funktionärskonferenz, Junggaststätten. Gruppe „Formidat“, 7 1/2 Uhr im Ratshaus, Raum 103, 41, Zusammenkunft eines Kreisvorstandes zum Statutenentwurf.

Morgen, Donnerstag, den 24. März:

- 1. Kreis. 7 Uhr bei Levin, Panitzsch, 60, Sitzung der Bildungs-Kommissionen. 7 1/2 Uhr Schlußabend in den bekannten Lokalen.
- 2. Kreis. 8 1/2 Uhr in der „Abinger-Allee“, Abinger-Str. 40, Sitzung des Kreisvorstandes und der Parteifreunde.
- 3. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 4. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 5. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 6. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 7. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 8. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 9. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.
- 10. Kreis. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Panitzsch, 54, Sitzung der Parteifreunde.

11. Kreis. Der nächste Schlußabend findet erst am Mittwoch nach Ostern statt.

Aus aller Welt.

Seinen Kapitän niedergeschossen hat der Zweite Offizier Gowan an Bord des im Bremer Hafen liegenden amerikanischen Dampfers „Deranoff“. Der auf Veranlassung des amerikanischen Konsulats in Haft genommene Offizier gibt an, er sei von dem Kapitän stets unfreundlich behandelt worden. So habe ihm jetzt der Kapitän eine Wache übertragen, die dem Dritten Offizier zufam. Darüber habe er den Kapitän zur Rede gestellt, sei aber barsch abgewiesen worden. In der Erregung darüber habe er zwei Schüsse auf den Kapitän abgegeben. Der Kapitän war schwer verletzt in das Lazarett des Hauses geschafft worden und ist dort gestorben.

In glühender Schlacke verbrannt! In den Bochumer Martinstahlwerken gerieten zwei Arbeiter unter glühende Schlacke und verbrannten. ...

Sport.

Das Stadion hat seine Pforten wieder geöffnet. Den großen Reigen der diesjährigen Veranstaltungen eröffnet am 10. April das Fußballspiel des Deutschen Reichsausschusses. Die Fußballer werden Gauweibemerbe abhalten. Zum Propagandalaufen der Leichtathleten ist eine taunendbüchse Teilnehmerzahl zu erwarten. Eintritt 5 M. und 2 M. Weibemerbe-Veranstaltung „Groß-Berlin“, Freitag, mittags 1 Uhr, Streifläge durch den Grunewald, Bannsee (Rd.). Sonntag, 27. März, früh 5 Uhr, Heidenburg-Grünh. 3-Tage-Lauf. Nachmittags 1 Uhr Schöneberg (Rann). Montag, 28. März, mittags 1 Uhr, Köhler-Grünh. Start Mariannenplatz.

Die sparsame Hausfrau

verwendet im Haushalt nur die täglich frisch hergestellte und gelieferte erstklassige

Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist.

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen sowie an unseren Verkaufswagen.

Meierei C. Bolle

in Verwaltung des Milchamts Berlin
Hf. Noabit 98/103.

Tel. Amt Noabit 7911/7914.



heißt die **Mehrfachsicherung**
die Sie 6mal ohne Auswechslung verwenden können.
DEUTSCHE HEXA MONOPOL G.m.b.H., Berlin W. 30, Hohenstaufenstraße 33

Generalvertretung und Alleinvertrieb für Provinz Brandenburg und Berlin: Carl Berk, Berlin-Halensee, Katharinenstr.-3. Telefon: Fließberg 1126.

Braune Schuhe zu Ostern

Damen-Schnür- und Spangenschuhe, Pumps und Molière-Schuhe in schwarz, braun und grau Sämtschleder, in Lackleder, farblich Boxcalf und Chevreau

Kinderstiefel in naturgemässer Form entzückende Ausführung, schwarz und braun Boxcalf sowie weiss Leinen

Reiser

Feste Tourenstiefel für Osterausflüge

Damen-Halbschuhe
prima braun Chevreau, elegante Ausführung, mit echter Kappe, sehr moderne Form, extra billig

Herren-Schnürstiefel
pa. braun Boxcalf, neueste Modelform, Besatz, Kappe und Ziernähte perforiert, beste haltbare Böden, hell gedoppelt, besonders preiswert

149,-

245,-



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Parsifal
3 Uhr

Schauspielhaus
Außer Abonnement. Zum 1. Male
Die achten Pedemundus
7 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Russisch. Gastspiel:
Die Kamellendame
Do. 7: Die Jungfrau v. Orleans

Kammerspiele
8 Uhr: Er ist an allem schuld.
Der Heiratsvertrag. Der Spieler.
Do. 7 1/2: Der König der dunklen Kammer.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 U: Der Kaufmann v. Venedig
(22. Abteil. 4. Abend)
Do. 7: Kaufmann von Venedig
(22. Abteil. 4. Abend)

Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: Salome (Orska)
Dernburg, Bild, Branden
Donnerst.: Erdgeist (Orska)
Sonntag zum ersten Male:

Rugby
Eine Komödie vom Spiel
von Wilhelm v. Speyer
(Steinrück, Gähner, Bild, Richard, Poltner, Günther, Boiz, Schlegel)
Ostersonntag: Rugby
Ostersonntag: Rugby

Komödienhaus

Das weiße Lämmchen
Pallenberg
Kartreitag: Rausch

Berliner Theater
Wiederauftreten von
Fritzi Massary

Die Spanische Nachtgall
Fritzi Massary
Walman, Emmy Sturm, Rehkopf, Kiper

Kartreitag: Einmal. Gastspiel
des Th. L. d. Königgrätzer Str.:
Salome (Orska, Hartau)

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Ida Wüst
Lady Windermeres Fächer
Adèle Sandrock, Käthe Haack, Julius Patkau, Arnold Korff.
Sonntag 4 Uhr: Die Freundin

7 1/2 Uhr: Trianon-Theater
Leopoldine Konstantin in
Die Gesellschaft des Abbé Chateaufauf
und in Abschleissoper
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
Evchen Humbrecht

7 1/2 Uhr: Kleines Theater
Unter den Linden 44
Casanovas Sohn
Eugen Burg, Mady Christians, Helar, Schrott, Hans Albers.
Stg. 3 1/2 Pfarrhauskomödie

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Strom

Königstadt-Theater
Bahnhof Janowitzbrücke
Tgl. 7.30 U. 8.15 U.
im Saal TAN

Volksbühne
Theater am Bölowplatz
7 Uhr Kapitän Braubounds
Bekehrung

Lessing-Theater
7 1/2 U. Ein idealer Gatte
Donn. 7 1/2: Der Frauenmut
Kartreitag 7: Peer Gynt
Sbd. 7 1/2: Der Frauenmut
Sonntag und Montag 3:
Frau Warrens Gewerbe
Sonntag und Montag 7 1/2:
Ein idealer Gatte

Deutsches Künstler-Theater
Heute und Donnerstag 7 1/2:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert
Kartreitag 7 1/2: Gespenster
(Loos, Lössen)
Sbd. 7 1/2: Die Scheidungsreise
Sonntag und Montag 3:
Pygmalion
7 1/2 U.: Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)
Dienst. 7 1/2 zum 200. Male:
Die Scheidungsreise

Central-Theater
7 1/2 U.: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Tiefland
Friedr. Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Bohelt die Tänzerin
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper
7 1/2 U.: Zigennerblut
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Rieck in
Die Mausefalle

Metropol-Theater
Geschlossen bis Sonntag
Sonntag, 22., zum 1. Male
8 1/2 Uhr:
Die blaue Mazur
Neues Operntheater.
Fritz Werner
7 1/2 Uhr: Der lachende Ehemann
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Parasit
Schiller-Theat. (Charl.)
3 Uhr: Wilhelm Tell
7 1/2 U.: Dr. Klaus
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Der Erbfolger
1 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Schwalbenhochzeit
Kartreitag: Die Schöpfung
(Stolzenberg, Laubenthal)
Th. L. d. Kommandantenstr.
7 1/2 U.: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Die Tanzgräfin
Walhalla-Theater
7 1/2 U.: Vogelhändler

Casino-Theater
Lothringer Str. 27. Tgl. 9 1/2
Trois des großen Erfolges
nur noch kurze Zeit
Der Sensations-Schlager
Der Großfürst
Am 1. und 2. Osterfeiertag
nachm. 7 1/2: Höllequalen

7 1/2 U.: Folles Caprice
u. Sacktkultur
Morgen, Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
Ersiaufführung:
Der keusche Josef
Seln Modell
Am Badenstrand
Vorverkauf 11-2 U. ab 6 Uhr
a. d. Theaterk. sowie b. Werth

Schall und Rauch
im großen Schauspielhaus
Telephon: Norden 5643
Konz. 7 1/2 U., Beginn 8 1/2 U.
Kurt Warnebold
Isabel Herma
und das
große März-Programm
Eintrittspreise von 5-35 M.

Großes Schauspielhaus

Beginn der
Abonnementsausgabe für die Spielzeit 1921/22
31/79
Freitag, 25. März
An der Abonnementskasse Großes Schauspielhaus u. A. Wertheim

Theater i. d. Königgrätzer Straße
Sonabend, 26. März, 7 Uhr:
Zum ersten Male:
Rugby
Eine Komödie vom Spiel
in 4 Akten von Wilhelm Speyer
Sauptdarsteller:
Hubert Steinrück, Fritz Günther, Paul Bildt,
Friedr. Richard, Ant. Poininer, Carl Günther,
Gustav Doh, Margarete Schlegel

Mizi Günther die unübertreffliche Operetten-Diva
Oskar Sabo der Liebling der Berliner
Beckersachs - Pepi Zampa - A. Lüntner
Die wundervolle, von der gesamten Berliner Presse
begeistert aufgenommene Premierbesetzung der
Operette:
Die Tanzgräfin
spielt täglich im Wallner-Theater auch an den beiden Osterfeiertagen.

WINTERSPORTEN
Varieté - Spielplan!
Rauchen gestattet!

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 U. u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Stett Sängers
Neu: Seid etnig

Rennen in Mariendorf
Heute, Mittwoch, den 23. März, nachmittags 1 1/2 Uhr:
8 Rennen
Gesamtpreise: M. 105 000.-

Union-Klub, Berlin
Annahme für Vorwetten
für Rennen in Berlin und im Reich
Schadowstraße 8 für persönliche und Postaufträge
Kurfürstendamm 224 Neukölln, Bergstraße 47
Bayrischer Platz 9 Potsdamer Straße 23a
Oranienburger Str. 48/49 Kurfürstendamm 66
Schöneberg, Hauptstraße 9
und Theaterkassen der Firmen A. Wertheim:
Leipziger Straße 126 Tauentzienstraße 12a
Rosenthaler Straße 29/31 Nollendorfplatz 7
Moritzplatz Rathenower Straße 2
Königsstraße 31/32 Planufer 24
Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 2 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag
Postsendungen u. Anträge auf Einrichtung von Konten
werden nur Schadowstraße 8 angenommen.
Wettbedingungen
sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

PHILHARMONIE.
Wagner-Abend
des Philharm. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagel-
Antane 8 Uhr. Eintritt 3 M.

Admirals-Palast
7 1/2 Die roten Schuhe
Morg. 7 1/2. Pflirt in St. Moritz

METROPOL
7 1/2 Behrenstraße 54
Prärie 7 1/2 Uhr
14 Attraktionen

Park-Restaurant Südende
Südring 1224
Tanz-Abende
täglich
außer Montag

Varieté-Café Moritzplatz
Oranienstraße 53 54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Apollo-Theater
7 1/2 Direktion: James Klein 7 1/2
Nur noch 8 Tage!
Das große Ausstattungstück in 4 Bildern
Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet
als Gräfin Dubarry.
Ueber 150 Mitwirkende! - Sonntag 3 1/2 das
vollst. Stück mit Saharet. - Jeder erwachsene
1 Kind frei! - Vorverk. ab 10 Uhr ununterbroch.

Bettmässen!
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht ange-
geben. Ausk. umsonst
Vers. San. Artikel u. Engl. brecht.
München B. 69, Kapuzinerstr. 9

Circus Busch Sarrasani
Tgl. 7 U. Sonnt. auch 3 U.
Prärie und Paëza
Deliaues Flucht u. d. Feld-
sch. Vore. Circus. Tierz.

Gebr. Paßmann
Bettfedernfabrik
Offen-Ruhr II. Siebelsstr. 55
Deutschlands größtes Spezial-
haus in nur Bettfedern.
Dannen u. Einschlüffossen.
Direkter Import aus Ungarn
Polen u. China wassergeweisse.
Eigene Damperei u. Wäscherei
mit elektrischem u. Dampftrieb.
Gegründet 1884.
Ueber 200000 Kunden in über
5000 Orten Deutschlands.
Verlangen Sie
Wasser und Verleihe gratis.
Jedes Bett wird nach An-
gabe besonders angefertigt.

Geschlechts-
krankheiten werden
alles andere verlorge,
nachweisbar noch Jahre
im Wasser - Jaffrot (Lept-
tische Reinigung), Wäcker pl. 4
(Galleisch, Toz), 10-1, 4-5, Sonnt.
11-1. Baumgarten repariert.
Jeder Kranke verlorge Dr. med.
Ludwig Aufdringungsdreit für
2.00 M. in veredeltem Kin-
dliche ohne Schuld. - An-
gabe des Verlebens erforderlich.

Möbel
jeder Art bei
kleiner Anzahlung
und
bequemer Abzahlung
Möbelhaus
Andreasstr. 28
Strengste Diskretion.

teppdecken
aus dem besten
Barn. Strohmatt
u. Waller. 72.
Blauen:
Goldelmann, 6de Seidelstr.
u. Sitoburger Plaz 2. Was
Strohdecken werb. aufnahmehelt.

Breslauer Frühjahrmesse

5.-8. April
Einkauferkarten bei
Vorbestellung 10 Mk.
durch die
Breslauer
Messe-Gesellschaft
Ohlauerstrasse 87

Webstoffe * Bekleidung * Möbel
Innenaustattung * Kunstge-
werbe * Lederwaren * Bijouterie
Spielwaren * Papier * Verpack-
ungsmittel * Lebensmittel
chem. techn. Artikel
Auskunf u. Verkauf von Eintrittskarten in Berlin
bei Dr. Hasslacher, Berlin W 8, Behrenstr. 50/52

Während des 4-Uhr-Gesellschafts-Tees im Palais der Friedrichstadt

Friedrichstraße, Eingang Besselstraße 22
Die große Modenschau der Firmen R. M. Maassen (Salon) Auguste Münzer (Müte)
sowie das unübertreffliche Märzprogramm mit Hubert Veiters,
Brunhilde Freihoff, S. Jensen, Meißel und Will Meißel
BALLETT MARY ZIMMERMANN
Erwin van Roy a. G. - Außerdem das bekannte Schönheitsballett
Ballorchester Boesing mit Original Jazz-Band

Deutscher Friedensruf in Oberschlesien.

Breslau, 22. März. (W.B.) Das Plebiszitkommissariat für Deutschland, gez. Dr. Urbanek, erläßt einen Aufruf, der nach Feststellung der deutschen Mehrheit von einer Viertelmillion sagt:

Die Heimat ist gefährdet. Keine Macht der Welt darf es wagen, gegen den klar ausgesprochenen Willen der überwiegenden Mehrheit dieses Landes aus dem Jahrhunderte alten Zusammenhange mit Deutschland zu lösen.

Die Kreise Jarowitz, Pleß und Rybnik haben überwiegend polnisch gestimmt. Darin liegt eine Gefahr. Ihre Brüder von Jarowitz, Pleß und Rybnik: Soll der Oberste Rat aus Eurer Abstammung entnehmen, daß Ihr Euch von uns trennen wollt? Ihr habt polnische Stimmzettel abgegeben, aber immerwährender, um das Land zu zerschneiden, welches Euch mit den ober-schlesischen Brüdern verknüpft.

Oberschlesien ist ein einiges, unteilbares Ganzes.

Es lebe das einige, unteilbare Oberschlesien! Diese alte Forderung erheben wir aufs neue. Vor den Augen der Welt bekennen wir uns zu den Grundrissen der wahren Demokratie. In klarer demokratischer Folgerichtigkeit fordern wir, daß jeder Bürger unseres Landes, welcher Nationalität, welcher Konfession, welcher politischen Gesinnung er auch sei, Zutritt haben muß zu allen öffentlichen Ämtern. Wir proklamieren aufs neue

die Gleichberechtigung der Sprachen

in Schulen, Verwaltungen und Gerichten. Wir verlangen, daß innerhalb der seit Jahrhunderten unveränderten Grenzen unseres Landes, der ältesten Europas, der Wille der Mehrheit entscheidet, daß aber die Minderheit geschützt sein muß gegen jede Zerschneidung.

Wir laden unsere polnischen Brüder herzlichst und mit flehender Aufgeschlossenheit ein, uns die Hände zu reichen und mit uns zusammen zu arbeiten an dem Wiederaufbau dessen, was Krieg und Abstammungskampf verwüstet haben. Wir wollen zusammen

die Republik Oberschlesien als freien Bundesstaat

im Gefolge des Deutschen Reiches errichten. Wir wollen zusammen die gerechte Landverteilung durchführen, die Wohnungsnot beseitigen, die soziale Fürsorge ausbauen.

Der Bruderkampf ist zu Ende. Die von den deutschen Parteien geforderte Amnestie ist gesichert. Reichen wir uns als freie Männer die Hand in friedlicher und fruchtbringender Arbeit, zum Segen der Heimat. Gott schütze das einige, unteilbare Oberschlesien!

Der Terror.

Breslau, 22. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Katowitz haben sich bis heute gegen Abend über 1000 deutsche Flüchtlinge aus den Landkreisen angelammet. Sie hatten es bis zur Abmüdung in ihren Wohnorten ausgehalten, müssen aber jetzt den mit Gummistiefeln umherziehenden und prägenden Polen weichen. Die Abmündungspolizei versagt vollständig. Die Grenze nach Polen ist offen. Die Polen von Sosnowice ziehen herüber und hinüber. Die interalliierten Behörden verlangen jeden wickelamen Schutz. Während sie am Abmündungstage in Katowitz über 3000 Mann bereitstellen hatten, haben sie bis jetzt zur Verstärkung des Schutzes in den Landkreisen eine Patrouille von 15 Mann entsandt. Unter Gewehrman, der jeder nationalpolitischen Vernehmung fernsteht und die Verhaftungen heute nachmittags in verschiedenen Orten selber in Augenschein nehmen konnte, laut die Lage mit den Worten zusammen: „Die Hölle ist jetzt hier los.“

Katowitz, 22. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Bogusschütz und Gieschewald ist auf den Alkoh. und Rathaustürmen die polnische Reichsfahne gehißt.

Katowitz, 22. März. (W.B.) Die Gegend östlich und südöstlich von Katowitz, besonders die Distrikte von Sosnowice, Gieschewald, Ritschschütz, Koszowin, Schoppinik und andere, sind von schwerstem polnischen Terror heimgesucht. Mißhandlung und blutige Deutliche aus jener Gegend treffen dauernd in Katowitz ein. Das Plebiszitkommissariat stellt mehrere Ermittlungen an. Dem Kreisinspektor ist Meldung erstattet.

Katowitz, 22. März. (W.B.) Es sind bisher annähernd 700 Flüchtlinge in der Stadt Katowitz eingetroffen und vom Plebiszitkommissariat untergebracht worden.

Katowitz, 22. März. (W.B.) Montag nachmittags wurden auf der Hauptstraße die heimtreuen Bosanten von über 100 Personen angegriffen, beleidigt und geschlagen. Apotheke und französisches Militär schritten ein, wobei von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Es wurde eine Person erschossen, die Leiche wurde von dem Böbel mitgenommen. Bei einem Verhafteten wurden ein Revolver mit 42 Patronen und eine Handgranate vorgefunden.

Entente- und Ober-schlesien.

London, 22. März. (W.B.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ (poincaristisch) in Beuthen, wobei die polnischen Vertreter versuchten, freimüthig, ihre Enttäuschung über die Größe der deutschen Mehrheiten zu verbergen; sie schrieben dies der großen Zahl der zugereisten Stimmberechtigten zu. Korsantys habe jedoch seiner Befriedigung Ausdruck gegeben und dem „Times“ Bericht „atter verächtlich, die Polen hätten in dem schlesischen Bezirk als Block zusammengefaßt 65 Proz. der Gemeinden gewonnen, und Polen müßte daher ein sehr wichtiges Stück der Provinz erhalten.“

„Daily Chronicle“ (Blond George nahestehend) schreibt, die Abstimmungsabstimmungen würden dem Obersten Rat wahrscheinlich beträchtliche Schwierigkeiten

verursachen. Im gesonten Gebiet betrage die Mehrheit der Deutschen 253 000. Da jedoch die Zahl der zugereisten Stimmberechtigten, von denen die meisten überhaupt keine wirklichen Beziehungen zu Oberschlesien hätten, etwa 200 000 betragen soll, so sei die deutsche Mehrheit unter der anfälligen Bevölkerung nicht groß. Wenn die Stimmen der Anwesenden in den einzelnen Abstimmungsbezirken für sich gezählt würden, so erschien es möglich, daß alle östlich der Oder gelegenen Landesteile eine Mehrheit für Polen aufweisen würden. Es würde die Aufgabe des Obersten Rates sehr erschweren, daß die drei Bezirke, die polnisch gestimmt haben, nicht symmetrisch zueinander und zu den polnischen Grenzen oder zu den Hauptmittelpunkten der Teile, die deutsch gestimmt haben, liegen. Der ober-schlesische Sonderberichterstatter des Blattes weist darauf hin, daß die Mehrheit der gelehrten und organisierten Arbeiter für Deutschland gestimmt habe.

„Daily News“ (Asquithliberal) bräut diese Befriedigung darüber aus, daß die Abstimmung vorüber und daß der von Deutschland errungene

Sieg entscheidend genug

ist, um wenig Raum für weitere Agitationen zu lassen. Es sei klar, daß die Provinz sich unwiderruflich für das Verbleiben unter deutscher Souveränität erklärt habe. Dieses Ergebnis sei in gewisser Hinsicht überraschend; denn sogar die Deutschen hätten erwartet, daß der Abbruch der Londoner Konferenz ihnen einen ersten Rachiefel bringen würde, da die Abstimmenden nicht geneigt sein würden, das Bürgerrecht in einem Staate zu wählen, der durch Entschuldigungen beehrt werde. Daß Deutschland trotz alledem einen so entscheidenden Sieg errungen hätte, sei eine unbelagte Rechtfertigung des Protestes.

den die deutschen Vertreter in Versailles gegen die endgültige Zustimmung dieses Gebietes an Polen erhoben. „Daily News“ schreibt, Oberschlesien werde augenscheinlich nicht an Polen fallen. Polen würde vielleicht drei oder vier Gemeinden erhalten, jedoch nicht mehr. Damit verschwinde der eine Einwand, den Dr. Simons auf der Londoner Konferenz bezüglich seines zweiten Vorschlages vorbrachte.

Wohnungsnot und Mietssteuer.

Eine der brennendsten Fragen, die seit der Revolution das wirtschaftliche Leben bewegen, ist die Wohnungsfrage. Daher war es eine Notwendigkeit, innerhalb unserer Partei, die Wohnungsfrage zur Diskussion zu stellen und Klarheit darüber zu schaffen, inwieweit diese Notlage auch im Rahmen der gegenwärtigen Wirtschaft gelöst werden kann. In seinem Referat über das obige Thema, das als erster Punkt der Tagesordnung auf der gestrigen Konferenz der Groß-Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zur Debatte stand, sprach der Genosse Silbermann an der Hand zahlreicher Tatsachen über dieses Gebiet und führte ungefähr aus:

Die allgemeine Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung, hervorgegangen aus dem Kriege, der überall die gleichen Räte zur Folge hat. Zwischen Mieten und Neubautkosten ist durch die Geldentwertung eine so große Spannung eingetreten, daß eine Rentabilität der Neubauten nicht mehr gewährleistet ist. Diese Spannung beträgt in den Orientländern das 4-5fache, in Deutschland das 12-15fache des Friedenspreises, so daß Neubauten ohne öffentlichen Zuschuß nicht mehr hergestellt werden können. (Bewegung.)

Die jetzige Mieterschutzgesetzgebung hat zum Ziele die Verhinderung der Ausnützung der Wohnungsnot durch Hausbesitzer und Grundrentner. Die öffentlichen Zuschüsse für Neubau von Mietwohnungen betragen bisher 4-5 Milliarden Mark, während zur Beseitigung der Wohnungsnot ein Betrag von ungefähr 80-100 Milliarden Mark nötig wären, über deren Beschaffung augenblicklich beraten wird. Zur Errichtung von Bergarbeiterheimstätten wird ein Zuschuß zum Rohpreis von 8 Mark pro Lohne erhoben, während für die Errichtung der sonstigen Neubauten eine Erhebung von Landesgrundsteuern und Abgaben von Baukäufleuten, die vor dem Juli 1919 erbaut worden sind, geplant ist.

S.P.D. und U.S.P. haben in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften ein Sekretariat eingerichtet, das dem Parlament einen Gesetzentwurf zur

Lösung der Wohnungsnot

vorgelegt wird. Die Zwangsverwaltung der Wohnungen ist eine Notwendigkeit. Wir hatten vor dem Kriege eine Versicherung der Immobilien von 135 Milliarden Mark, so daß der Mietwert 6-7 Milliarden betragen hätte. Die Häuser haben eine Lebensdauer von 60 bis 100 Jahren. Im Interesse der Gesamtwirtschaft muß daher eine Belastung mit Hypotheken verhindert werden, weil bei einer Steigerung des Geldwerts es sehr schwer sein wird, die Mieten zu senken. Daher muß einer ungehinderten Steigerung dieser Werte entgegengewirkt werden. (Zustimmung.)

Der Parteitag hat klar ausgesprochen, daß die Mietssteuer von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abzulehnen ist.

Dagegen wachsen

die ansozialen Bestrebungen der Hausbesitzer,

die ausgezeichnet verstehen, ihr Vorgehen zu bemänteln. Sie fordern die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Wohnungsmarkt, dann werde alles besser werden. (Heiterkeit.) Nur durch die Solidarität aller Mieter ist es möglich, die Wohnungen in Ordnung zu halten und Neubauten zu errichten, die Gemeineigentum sein müssen. Für den Uebergang solcher Häuser in Privatbesitz besteht kein moralisches Recht mehr. (Zustimmung.)

Rebner behandelte die Parlamentsarbeit auf diesem Gebiete und schilderte die Gefahren, die ein Gesetzentwurf des Reichsrats nach sich gezogen hätte, der den Ländern die Gesetzgebung zur Bänderung der Wohnungsnot überlassen hätte.

Die S.P.D.-Fraktion hat hier erklärt, daß sie die Weiterberatung dieses Gesetzentwurfes ablehnen müsse. Das ist nicht ohne Wirkung geblieben. Es konnte in die Beratung eines neuen Entwurfes eingetreten werden. Die Kämpfe in den Kommissionen müssen unter großen Schwierigkeiten leider nur von der S.P.D.-Fraktion geführt werden, während die Kommunisten sich gar nicht beteiligen und die Unabhängigen nur Jaungäule sind.

Der neue Gesetzentwurf, der nun vorliegt, legt eine Besteuerung von 10 Proz. der Baukäufleuten fest, die 3,2 Milliarden einbringen soll, mit denen 60-65 000 Mietwohnungen geschaffen werden sollen.

Rebner schilderte das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den politischen Parteien und forderte die Funktionäre auf, sich mit dem schwierigen Problem der Wohnungsnot und des Bauwesens zu befassen.

Sodann referierte der Genosse Bronsfield über den zweiten Punkt:

Stellungnahme zum Berliner Mieterverband.

Das Ziel in dieser Frage muß für uns sein, die Mieterverbände zu einer starken Waffe zu machen, wenn anders nicht die Mieterschaft der allein leidtragende Teil sein soll. Die Leitenden der Mieterverbände stehen zumeist auf dem Boden der S.P.D. (Wider-

Die „Morning Post“ (verarbeitete „Times“) behauptet, die Deutschen seien entschlossen, im Westen so wenig wie möglich zu geben und im Osten ihre Herrschaft wiederzuerlangen. Um Elsass-Lothringen wiederzuerlangen, müßten die Deutschen vor allem erst Polen vernichten, und die Zurückbehaltung Oberschlesiens werde in Berlin als erster Schritt in dieser Richtung angenommen werden (!).

„Daily Herald“ (soj.) schreibt: Die Schlesier hatten zwei Jahre lang

die Polen bei der Arbeit gesehen

und hätten entscheiden können, ob Polen besser oder schlechter als Deutschland sei. Dies sei der Grund, weshalb Tausende von Schlesiern, die im ersten Begehrungsrausch polnisch gestimmt haben würden, deutsch stimmten. Sie sahen die polnische Mark auf den zehnten Teil der deutschen Mark vermindert, sie sahen die einst unter deutscher und österröischer Herrschaft reichen Städte Posen und Krafau niedergehen, und sahen ganz deutlich, daß die korrupte und unfähige

polnische Herrschaft die Industrie zerstören

werde, die die Deutschen aufgebaut hatten. Frankreich werde höchstwahrscheinlich dafür kämpfen, daß mindestens ein Teil der Eisen- und Kohlenbergwerke Polen und damit dem französischen Kapital zufalle. Korsantys habe wohl an der Stimmurne verloren, werde jedoch das Urteil wahrscheinlich nicht annehmen, solange Gewehr und Munition vorhanden seien.

„Star“ bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung als einen sehr ernsten Schlag für Polen. Der unmögliche französische Traum von der Niederhaltung Deutschlands sei jetzt ausgeräumt. Das Ergebnis der Abstimmung sei ein Schlag für die Politik Frankreichs, Polen zu einer Beherrschung Deutschlands zu machen.

New York, 22. März. (Reuter.) „New York World“ erklärt, der deutsche Sieg sei eine weiterer Triumph für den Grundgedanken der Selbstbestimmung in internationalen Angelegenheiten. „New York Herald“ sagt: Das Abstimmungsergebnis ist in gleicher Weise aber in noch höherem Grad ein Sieg für Frankreich und die Alliierten, weil die schlesischen Hülsquellen wesentlich für die deutsche Produktion, aus der die Reparation bezahlt werden muß. „New York Times“ schreibt: Der Verlust der ober-schlesischen Gebiete ist ein harter Schlag für das polnische Prestige und ein noch schwererer Schlag für die polnische Industrie.

Holland, 22. März. (Nl.) „Corriere della Sera“ schreibt, daß das Ergebnis der Abstimmung voraussehen war, da die Mehrheit der Bevölkerung entweder deutsch sei aber

(spruch.) Alles, was von diesen Seiten gemacht wird, fällt auf unser Haupt. (Starke Zustimmung.) Mit welcher Gewissenhaftigkeit die Mieterverbände arbeiten, beweisen die 102 000 W. S. W. S. W., die bereits vorhanden sind. (Bewegung.) Hoffentlich wird es gelingen, die Mieterverbände zu einer mächtigen Waffe im sozialistischen Befreiungskampfe zu machen. (Beifall.) Die

Diskussion

über beide Referate wird verbunden und liegen dazu 18 Wortmeldungen vor. Sie ist äußerst befruchtend, weil durchweg Praktiker des Mieterwesens zu Worte kommen und mit großem Eifer an die Lösung dieses Problems herangehen.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die Funktionäre der S.P.D. Groß-Berlins sind gewillt, die gemeinsame Aktion der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zur Sozialisierung der Baustoff- und Wohnungsherstellung mit aller Kraft zu unterstützen.“

Die Funktionäre fordern, daß sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit aller Kraft für eine soziale und gerechte Ausgestaltung des Reichsmietengesetzes und des Mietschutzgesetzes einsetzt. Sie sind gewillt, in dieser Hinsicht alle Maßnahmen zu unterstützen, durch die der Mieterschaft geholfen werden kann.

Die Funktionäre beurteilen aufs schärfste das unerantwortliche Treiben des unter kommunistischer Leitung stehenden Berliner Mieterverbandes, die Mieterschaft in einen sinn- und zwecklosen Streit zu treiben, wobei die Mieter allein der leidtragende Teil sein würden. Sie erblicken in dem Vorgehen des Mieterverbandes keinen Weg, der Mieterschaft zu helfen, sondern lediglich eine Aktion der Kommunisten, die kaum berechnete staatliche Ordnung zu untergraben; diesem Treiben wird im Interesse der Arbeiterschaft der schärfste Kampf angelegt.

Die Parteigenossen, soweit sie Mitglieder des Mieterverbandes sind, werden aufgefordert, im vorstehenden Sinne innerhalb des Verbandes zu wirken und für die nötige Aufklärung Sorge zu tragen. Die jetzt geplanten Aktionen, wie Streik, Wendedemonstrationen u. dgl., sind abzulehnen und nicht zu unterstützen, da sie rein kommunistische Maßnahmen sind, die mit dem Zweck und den Zielen dieser wirtschaftlichen Organisation unvereinbar sind.“

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurden noch folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Die Berliner städtische Verwaltung leidet seit Wochen aufs schwerste unter der

Verzögerung der Bestätigung der Bezirksämter.

Ein großer Teil der kommunalen Verwaltungsgeschäfte bleibt unerledigt, schwere Schädigungen der Interessen der Bevölkerung sind die Folge. Die Funktionärskonferenz der S.P.D. Groß-Berlins fordert, daß der Oberpräsident sich sofort über die noch ausstehenden Bestätigungen entscheidet. Eine Verzögerung der Bestätigung darf nur in solchen Fällen eintreten, wo wegen der Person eines Gewählten schwerwiegende sachliche oder moralische Bedenken vorliegen.

Annahmomen wurde ferner folgende Resolution:

Angesichts der wohnmangelhaften Zustände, die in der letzten Zeit von den kommunistischen Zeitungen und Organisationsbetrieben wird, ruf die Funktionärskonferenz der S.P.D. Groß-Berlins die Arbeiterschaft zur größten Besonnenheit auf. Dem Bestreben der Kommunisten, auf Moskauer Diktat die Arbeiter in blutige Abenteuer hineinzuführen, und dadurch

die Geschäfte der Reaktion

zu belagern, muß das Klassenbewußte sozialdemokratische Proletariat den entschiedenen Willen entgegenzusetzen, friedliche sozialistische Aufbauarbeit zu leisten, weil nur so die kapitalistische Reaktion und die heutige wirtschaftliche Krise überwunden werden kann. Den kommunistischen Bluthörnern sagen wir schärfsten Kampf an.

Ferner gelangte noch eine vom Genossen Lohenstein eingebrachte Entschließung, die sich gegen die Verarmung des sozialistischen Freistaates Georgien richtet, einstimmig zur Annahme. Den kämpfenden georgischen Truppen wird das tiefe Mitgefühl ausgesprochen.

Genosse Baitoch berichtete über die Verwendung der für die Revolutionssopfer gesammelten Gelder. Dazu wurde eine Entschließung ebenfalls einstimmig angenommen, in der es heißt, daß trotz des Drängens unserer Genossen eine Rechnungslegung nicht erreicht werden konnte, so daß der bearbeitete Bestand besteht, daß diese Gelder für einzelne Parteizwecke von den Kommunisten verwendet worden sind. Unsere Parteigenossen werden daher aufgefordert, sich an diesen Sammlungen nicht mehr zu beteiligen.

aus materiellen Gründen deutsch fühle. „Secolo“ meint, daß die Wiedergutmachungsfrage nunmehr leicht erledigt werden könnte. Deutschland habe Oberschlesien behalten und dadurch sei die Grundbedingung für sein Wiederaufleben gegeben.

Rotterdam, 22. März. (Nl.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Bäge die Entscheidung bei Frankreich allein, so wäre der Kampf für Deutschland verloren. Andere Mächte werden jedoch ein Wort mitsprechen. Der französische Standpunkt hat sich jedoch im Obersten Rat so oft durchgesetzt, daß die Deutschen sich lieber keinen Illusionen hingeben sollten. Die Zeit der „Sanktionen“ ist offensichtlich nicht dazu angetan, um eine für Deutschland günstige Urteilsfällung erwarten zu können. Vom europäischen Standpunkt aus ist also das Ergebnis der Abstimmung zu bedauern. Es stellt uns vor die Möglichkeit unabsehbarer neuer Verwicklungen, die aus dem Verlust der ober-schlesischen Industrie und der als Folge davon von deutscher Seite angefügten Jahlungsunfähigkeit entstehen müssen.

Unsere Freunde.

Salzburg, 22. März. (W.B.) Der Gemeinderat hat anfänglich des Abstimmungsresultates in Oberschlesien an den deutschen Reichspräsidenten ein Glückwunschtelegramm geschickt. Für morgen ist eine öffentliche Versammlung aus gleichem Anlaß einberufen.

Ein, 22. März. (W.B.) Die Stadt ist anfänglich des deutschen Abstimmungsresultates besorgt.

Polen kann es nicht erwarten.

Nach dem Pariser „Matin“ hat die polnische Staatsregierung den Obersten Rat ersucht, Schritte dahin zu unternehmen, daß die Teilung Oberschlesiens erfolgen und daß die Bezirke, die für Polen gestimmt haben, dem polnischen Reich einverleibt werden. Die französische Regierung habe grundsätzlich beschlossen, den polnischen Antrag zu unterstützen.

Warschau, 22. März. (Nl.) Die Morgenblätter vom Montag (!) verkündeten kurzerhand einen ungewissen polnischen Sieg auf der ganzen Linie. Dennoch entstand eine gewisse Verwirrung und Beunruhigung, als die über Berlin hierher gelangenden deutschen Berichte über die vorläufigen Abstimmungsergebnisse bekannt wurden, die in einem diametralen Gegensatz zu den Meldungen der polnischen Agenturen und Korrespondenzen standen. Am Nachmittag war die Stimmung bereits merklich gedrückt, und die voranstehenden Freudenmanifestationen verfielen in beiden Grenzen.

Gewerkschaftsbewegung

Hue zum Ueberschichtenabkommen.

Genosse Otto Hue veröffentlicht in unserem Essener Parteiblatt eine Erklärung, in der er sich gegen die Angriffe wendet, die gegen die Kündigung des Ueberschichtenabkommens gerichtet worden sind. Gegenüber anderslautenden Behauptungen stellt er fest, daß die Kündigung von dem Verhältnis Deutschlands zur Enterte gar nicht beeinflusst worden sei. Schon im Februar 1920, als das erste Ueberschichtenabkommen zustande kam, hätten die Arbeitervertreter erklärt, daß das Ueberschichtenabkommen keine dauernde Einrichtung werden dürfe. Wiederholt habe man seit Monaten von der Regierung und den Unternehmungsvertretern den Abbau der Ueberschicht gefordert. Von Anfang an hätten die Bergwerksvertreter auf die Einführung einer achten Stunde den größten Wert gelegt. Keiner der vier Bergarbeiterverbände hatte sich jedoch bisher für die achte Stunde ausgesprochen. Auch in der Vorstandskonferenz am 27. Februar 1921, in welcher die Kündigung des Ueberschichtenabkommens beschlossen wurde, ist von keiner Seite die Annahme der achten Stunde vorgeschlagen worden. Daß trotzdem die achte Stunde vorgeschlagen worden sei, ist eine völlige Ignorierung der wiederholten Warnungen der Arbeitervertreterungen. Er selbst habe in Berlin ernste Warnungen erhoben und rund herum erklärt, daß die Annahme der achten Stunde nicht zu denken sei. Da nun trotz seiner Warnungen doch der verhängnisvolle Schritt getan sei, bedeute es eine unerfüllbare Zumutung, zu erwarten, daß er für den Schiedspruch eintreten soll.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Am letzten Sonntag tagte ober vielmehr tobte in der Brauerei Königsplatz die Generalversammlung der Metallarbeiter. Auf der Tagesordnung standen drei sehr wichtige Punkte: 1. Arbeitsnachweisabkommen, 2. Rahmenabkommen, 3. Bericht über die Beträttsung in Stuttgart. Die Erledigung der ersten beiden Punkte ist im Interesse der Mitglieder durchaus notwendig. Jede leichtsinnige Verzögerung dieser wichtigen Fragen bedeutet, mit den Interessen der Mitglieder geradezu Schindluder treiben. Aber was ist heute nicht möglich, was bringen die Kommunisten nicht alles fertig? Reichenmüller und Rusch wußten Geschäftsordnungsdebatten vom Zaune zu brechen und verwandelten vier Stunden lang die Generalversammlung in ein Karrenhaus. Unter Plunder aus der kommunistischen Kumpfkammer, wie Mißtrauensvotum gegen die Verwaltung mit essenlangen schriftlichen Bepründungen mußte herhalten, um diese tatsächliche Sabotage an den Interessen der nur immer zahlenden Mitglieder zu treiben. Nachdem die unabhängige Ortsverwaltung und die Kommunisten sich stundenlang gegenseitig mit Geschäftsordnungsverfahren geprügelt hatten, mußte die Versammlung resultatlos verlagert werden. Das einzig positive Resultat war eine Abstimmung. So konnte wenigstens festgestellt werden, daß in dieser Schwabhubde die Kommunisten über 240 und S.P.D. und U.S.P.D. über 260 Mandate verfügen.

Die Phrase von der Revolutionierung der Gewerkschaften kann nicht besser ad absurdum geführt werden, als durch ihre vorlauten Verfechter von vorgestern. Der kommunistische Redner Krause war einen Augenblick mal ehrlich genug, den allen S.P.D.-Kollegen Cohen als musterhaften Verwalter statutarischer Rechte und Pflichten zu bezeichnen.

Wollen nicht endlich die Massen der Mitglieder aus diesem doch gemäß unerdächtigen Zeugnis bald die logischen Schlüsse ziehen und die ganze Gesellschaft revolutionärer Hanswürste zum Teufel jagen?

Die S.P.D.-Delegierten zur Generalversammlung werden um Zusendung der genauen Adressen an das Betriebsratssekretariat S.P.D., In den Zeiten 23, gebeten.

Vom neutralen Schlichtungsausschuß.

Vom Transportarbeiterverband wird uns u. a. geschrieben: Seit einiger Zeit scheint die Neutralität des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin stark ins Wanken geraten zu sein.

Obwohl kein Mensch behaupten kann, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert hat, obwohl Untersuchungen von Bozowirten und Gelehrten geradezu grauenhaftes Elend unter der arbeitenden Bevölkerung festgestellt haben, und trotzdem in Handbillsblättern und Tageszeitungen täglich nachgewiesen wird, daß Industrie und Handel noch nie dagewesene riesige Gewinne eingefascht haben, stellt sich seit etwa 2 Monaten ein Teil der unparteilichen Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses auf den Standpunkt, daß Lohnhöhungen an die Arbeiter nicht mehr bewirkt werden können. Die Herren haben bereits eine Formel gefunden, die in fast allen Fällen ziemlich wörtlich wiederkehrt. Sie lautet etwa:

„Der Antrag der Arbeitnehmer ist abzuweisen. Die gegenwärtige Lage rechtfertigt eine Lohnhöhung nicht. Es wird den

Parteien anheimgestellt, in späteren Zeiten ihren Antrag zu erneuern.“

Wir fragen nunmehr: Dient der Schlichtungsausschuß mit solchen Entscheidungen dem Wirtschaftsfrieden? Glauben die Herren Unparteilichen etwa, die Arbeiter würden auf Grund dieser „sozialpolitischen“ Schiedssprüche nunmehr auch nur einen Anzug, ein Paar Sessel oder einen Wirtschaftsstuhl sich anschaffen können?

Sollten sie das glauben, so können wir ihnen versichern, daß ihre Haltung keineswegs dazu angetan ist, das schon stark gesunkene Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Schlichtungsinstanzen zu heben. Aber das mögen die Herren mit sich abmachen. Wir möchten ihnen nur den guten Rat geben, durch ihre Urteile nicht den Eindruck zu erwecken, als läme es ihnen mehr darauf an, sich bei den Unternehmungsorganisationen der Industrie und des Handels beliebt zu machen und den Befähigungsnachweis zum Syndikus zu erlangen, als auf die Erfüllung ihrer Pflicht, den Wirtschaftsfrieden zu sichern.

Der Streik der Handelshilfsarbeiter.

Montag hatte der Schlichtungsausschuß eine unverbindliche Verhandlung angezettelt, um von den Arbeitgebern zu hören, ob sie sich dem gefällten Schiedspruch unterwerfen. Herr Grünfeld als Vertreter der Arbeitgeber konnte keine bindende Erklärung abgeben, er war der Meinung, daß die Arbeitgeber jedenfalls den Schiedspruch ablehnen, da die Arbeiter in einen „wildem“ Streik eingetreten sind. Die Vertreter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wiesen diese irrige Auffassung zurück und erklärten, daß die Arbeitseinstellung ordnungsgemäß und unter genauer Beachtung der statutarischen Bestimmungen vorgenommen worden ist. Die Arbeitgeber haben durch ihr Verhalten den Handelshilfsarbeitern den Kampf aufgezwungen. Schon am Freitag hatten die Arbeitgeber alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen. Formulare, die die strikte Kündigung ansprachen, wurden an die einzelnen Betriebe versandt. Diese Formulare sind heute den Streikenden per Post zugesandt worden, die sich aber durch solche Mittel nicht behindern lassen, den Kampf geschlossen weiterzuführen.

Kur bei der Firma A. Wertheim, Leipziger Straße, haben sich einige Streikbrecher schunden, die aber bei der großen Anzahl der Streikenden gar keinen Einfluß auf die Bewegung ausüben können. Wichtig ist, daß die Arbeit, die bisher von den Handelshilfsarbeitern verrichtet wurde, nicht von den kaufmännischen Angestellten ausgeübt wird. Wir appellieren deshalb an die Solidarität und Unterstützung der kaufmännischen Angestellten.

Heute mittags 3 Uhr findet im Gewerkschaftsbaus, Engelufer 15, eine Versammlung der Streikenden statt.

Die 5. Konferenz der Internationalen Vereinigung der Sattler und verwandten Berufsgenossen wird am Montag, den 25. Juli, in Wien zusammentreten. Die Konferenz wird sich zunächst mit der Frage beschäftigen, ob es möglich ist, die drei internationalen Sekretariate der Sattler, der Schuhmacher, der Gerber und Handschuhmacher zu einem einzigen Sekretariat für die gesamte Lederindustrie zu vereinen. Die am 26. Juli ebenfalls in Wien zusammenzutretende Konferenz der Internationalen Union der Schuhmacher wird sich mit derselben Angelegenheit beschäftigen, jedenfalls auch eine Konferenz der Internationalen Union der Lederarbeiter (Gerber und Handschuhmacher).

Von dem Ergebnis dieser Beratungen wird es abhängen, ob vom 27. Juli an gemeins. getagt wird oder ob jedes Sekretariat sich mit dem Ausbau der eigenen Einrichtungen beschäftigt.

Eine Versammlung der Dachdecker und Berufsgenossen entschied sich nach Anhörung von zwei Referaten mit 106 gegen 73 Stimmen, bei einer Anzahl Stimmhaltungen, für den Anschluß an Moskau. Leider konnte ein großer Teil der Mitglieder nicht in die Versammlung, weil das Treiben einiger Kollegen sie abstößt. Mit dieser Gleichgültigkeit sollte aber endlich Schluss gemacht werden, denn wogu sie unter Umständen führen kann, beweist der Verlauf dieser Versammlung. Bei der Stimmenausählung ergaben sich Differenzen mit den Stimmzählern und bei der Schlichtung derselben entstand ein derartiger Tumult, daß die Versammlung nicht zu Ende geführt werden konnte.

Den Mitgliedern müssen auf diesem Wege folgende Mitteilungen bekanntgegeben werden: Der S. u. d. Sohn der Dachdecker und Berufsgenossen hat sich um 25 P. erhöht, die Nachzahlung hat vom 4. Februar ab zu erfolgen. Wer bis zum 2. April die Nachzahlung nicht gefordert hat, verliert sein Anrecht darauf. Am Mittwoch, den 6. April, finden die Wahlen zum Gesamtausschuß und der Innungsschiedsgerichtsbeisitzer statt. Alle Kollegen und Berufsgenossen, die bei Innungsmeistern beschäftigt sind, treffen sich eine Stunde vorher. Die Einladung zu dieser Versammlung erfolgt durch die Innungsmeister. Alle Vertrauensmänner haben bis zum 1. April ihre Adresse und die Zahl der im Betriebe Beschäftigten dem Vorstand bekanntzugeben.

Allgemein verbindlich erklärt wurde der zwischen der Berliner Asphalt-Strassenbauvereinigung E. B. und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortstartell Groß-Berlin, am 27. Oktober 1920 abgeschlossene Nachtrag zu dem allgemeiner verbindlich erklärten Tarifvertrag vom 3. Juni 1920 zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten und Werkmeister. Die Allgemeiner verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Oktober 1920. Weitere Auskünfte erteilt das Ortstartell des Arbeiter-Bundes, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Ueberall Lohnabbau! Die gemischte belgische Bergwerkskommission hat nach einer Brüsseler W.B.-Redung eine Herabsetzung der Löhne um 5 Proz. beschlossen, die am 1. April in Kraft treten soll.

Deutscher Werkmeisterverband, Vertrauensleute der Chemischen Industrie: Heute 7 Uhr bei Hubs, Rapermarktstr. 17.

Deutscher Transportarbeiterverband, Handelsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Teilen der Domanen, Wähler- und Protestaktion: Donnerstag 1/6 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Centralverband der Angestellten. Das Octobersonnen bleibt wegen der Osterferien in der Zeit von Freitag, den 20., bis Montag, den 24. März, geschlossen. — Mitgliederversammlungen heute. Beber: 5 1/2 Uhr Rosenhölzer Hof, Rosenhölzer Str. 11/12. — Schauspieler-Delegation: 7 1/2 Uhr im „Alten Asanier“, Anhaltstr. 11.

Berichtszeitung.

Millionenveruntreuung bei der Diskontogesellschaft.

Die in einer Filiale der Diskontogesellschaft begangene Millionen-Defraudation bildet den Gegenstand einer Verhandlung vor der I. Strafkammer des Landgerichts II. Die Anklage richtete sich gegen den Techniker Erik Köhsemeyer in Berlin-Wilmersdorf, den Bankbuchhalter Hermann Bettels, ebendort, die unverheiratete Agnes Bödenik in Charlottenburg und den Handlungsgehilfen Karl Krause daselbst. Die beiden ersten Angeklagten waren der Urkundenschriftlich und des Betruges, die beiden letzten der Beihilfe beschuldigt. — Bettels war Buchhalter bei der Diskontogesellschaft am Brandenburger Platz 9. Ihm oblag insbesondere die Erledigung des Scheckverkehrs bei der Filiale. Er hatte sich aus dem öffentlichen Geldschrank, in dem damals die neuen Scheckbücher aufbewahrt wurden, ein solches angeeignet. Die Scheckformulare dieses Buches fertigte er fälschlich an und füllte sie über 100 000 M., bzw. 304 238 M., ferner über 200 265 M. und 300 460 M. aus. Auf sämtliche vier Schecks schrieb er als Aussteller den Namen „Karl Jinnih“. Dieser Karl Jinnih war der Inhaber eines De-Import- und Exportgeschäfts, der ein großes Guthaben auf der Filiale hatte und häufig Schecks über große Beträge auf sie bezog. — Der Angeklagte Köhsemeyer hat dann nach Verabredung mit der Filiale der Dresdner Bank in der Mohrstraße und bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie in der Schillerstraße ein Konto auf den Namen „Hans Niemer“ eingerichtet und auf jedes dieser Konten die ihm von Bettels übergebenen fälschlich angefertigten Schecks zur Einzahlung auf das „Konto Niemer“ eingezahlt. Die vier Schecks sind tatsächlich honoriert worden und der Direktion der Diskontogesellschaft ist dadurch ein Gesamtschaden von 995 068 M. entstanden. Die Konten bei den Filialen der Dresdner Bank und der Bank für Handel und Industrie haben Bettels und Köhsemeyer dann nach und nach abgehoben und dafür Konten bei mindestens 5 kleineren Banken angelegt und zwar unter den Namen „Hans Niemer“ und „Paul Sander“. Am 22. November 1921 ist Bettels flüchtig geworden; er hat die Flucht lange vorbereitet, hatte sich Kurortspässe beschafft und beachtete, nach Argentinien zu gehen. Er ist aber schließlich gefaßt worden. Köhsemeyer hat ihm bei seinem Entweichen geholfen und erhebliche Geldsummen abgenommen. Die Angeklagte Bödenik ist dem Bettels bei der Flucht behilflich gewesen, dem Krause wurde zur Last gelegt, daß er auf Bitten der Bödenik, bei deren Mutter er wohnte, dem Bettels eine sehr kostbare Kleidung, deren dieser bei der Flucht bedurfte, überbracht habe. Das Gericht verurteilte Bettels und Köhsemeyer zu je 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, die Bödenik zu 3 Monaten Gefängnis und sprach den Angeklagten Krause frei.

Bericht für den rebell. Teil Dr. Werner Vetter, Charlottenburg: Ihr Anwalt: Dr. Oetzel, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Simeon u. Co., Berlin. Band, Nr. 2, Seiten 2 Seiten.



Das altbewährte, durch mehr als 22000 ärztliche Gutachten anerkannte

Sanatogen

ist in bekannter Güte in allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Körperkräftigungs- und Nervennährmittel

von höchstem Nährwert und leichtester Verdaulichkeit.

Druckschrift über Sanatogen als

Kräftigungsmittel

für Nervenleidende, bei Bleichsucht u. Blutarmut, für Magen- und Darmtrakte, bei Ernährungsstörungen, für Frauen und Kinder, bei Schwächezuständen aller Art, für Wächnerinnen, auf Wunsch kostenlos und postfrei durch Bauer & Cie. Berlin SW 48, Friedrichstr. 231.

Herren-Kleidung

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

- | | |
|---|---|
| Herren-Anzüge m. 250, 290, 425, 650, 750, 950 | Ulster und Schlupfer . . . m. 550, 750, 850, 975 |
| Gestreifte Hosen . . . m. 135, 155, 175, 210, 235 | Bozener u. Impräg. Mäntel m. 355, 400, 510, 665 |
| Farbige Westen . . . m. 75, 100, 126, 145, 155 | Gummi-Mäntel m. 475, 510, 610, 680 |
| Herren-Ueberzieher m. 475, 550, 650 | Lod.-Toppfen m. 188, 242 Sport-Anzüge m. 650, 800 |
| Jünglings-Anzüge von m. 462 an | Herren Stoffe ^{140 cm breit} m. 55, 60, 75, 90 |

Berlin C2 Breitestraße
Brüderstraße
Die Frühjahrspreislifte ist erschienen - Versand kostenlos.

Rudolph Herbig

- Farbige Oberhemden aus gutem Vorkal mit Kalteneinfach und Klappmanschetten M. 85
- Weisse Unterbeinkleider aus besonders dazu geeigneten halb-schweren Baumwollstoffen und Halbseiden besser Qualität M. 40.50
- Reinsidene Selbstbinder Schwere Qualitäten Einseitig, Streifen oder Muster, St. M. 51, 56 bis 58
- Hosenträger m. 12.50 bis 40